

ASHA 32/3

RAKOUSKO

4

Centered

~~H. L. S. J.~~

✓
523
✓

Antirathau
 Antirak.
 Antier

Centered

Preußische Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW 11, den 31. Januar 1936
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: A 2 flora 0040

B.-Nr. 165/36 - II 1 C 3 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

V e r t r a u l i c h !

An
das SD-Hauptamt

in B e r l i n .

Betr.: Nachrichten aus Österreich.
1 Anlage.

Als Anlage übersende ich Abschrift eines von der Bayerischen Politischen Polizei übermittelten Berichts der Grenzpolizeistelle Kufstein vom 17.1.ds.Js. mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum Verbleib.

Im Auftrage:

gez.: H u b e r

Beglaubigt:



Lietorich
Kanzleiangeestellte.

444

| | | | |
|--------------------|--------------|-------|----------|
| SD-Hauptamt | | Anl. | Akt. Z. |
| Lfd. Nr. | Datum | 1 | III/70-a |
| 3379 | -4 FEB. 1936 | | |
| St. | II | 13 | 14 |
| | | III 1 | III 2 |
| | | | X |
| | | | 11 |
| | | | V6 |
| | | | ST |

Jh.

A b s c h e i f t .

G e h e i m !

Bayer. Grenzpolizeistelle
KUFSTEIN

17. Januar 1936

An

die Bayerische Politische Polizei
Abtlg. III/2

M ü n c h e n .

Betreff: Nachrichten aus Österreich.

I.

Augenblicklich halten sich zwei englische, vermutlich konservative Abgeordnete in Wien auf, die einerseits das Terrain wegen einer Volksabstimmung sondieren, andererseits im Sinne der vor längerer Zeit gemeldeten legitimistischen Tendenzen Fühler ausstrecken. Es muß ausdrücklich betont werden, daß die beiden Unterhausmitglieder anscheinend zu jener Gruppe gehören, zu der Baron Frankenstein besondere Beziehungen hat, und daß sie nicht den tatsächlichen Willen der englischen Regierung repräsentieren.

Außerdem befindet sich ein Vertrauensmann des englischen Foreign Office Professor Setton Watson, der bisher in Jugoslawien war und für dieses Gebiet als hervorragender britischer Fachexperte gilt, Augenblicklich in Wien. Er soll die Eindrücke, die er von Österreich bekommen hat, als katastrophal empfinden und besonders irretiert sein durch den Umstand, daß Schuschnigg so isoliert ist und um ihn herum die unerhörteste Korruption (siehe den Großschieber Stockinger) herrscht, von der der Bundeskanzler überhaupt keine Ahnung hat.

In diesem Zusammenhang sei übrigens die Enthebung des steierischen Sicherheitsdirektors Gend. Oberst v. Zellburg erwähnt, die jedenfalls nicht über sein eigenes Ansuchen sondern wegen seiner grenzenlosen Korruptionsaffären

erfolgt sein dürfte.

Der Koriosität halber seien die immer mehr überhandnehmenden, in der Bevölkerung kursierenden Gerüchte verzeichnet über eine in nächster Zeit (meist wird der Termin im März ds. J. angegeben) stattfindende Volksabstimmung. Hiebei ist besonders interressant, daß der Glaube verbreitet ist, diese Abstimmung fände unter internationaler Kontrolle statt. Eine Unzahl von Leuten will Briefe von Verwandten, Bekannten und Freunden aus England erhalten haben, die mitteilen, daß sie entweder ihren jetzt vorgehabten Besuch aufschieben und im März kommen, oder daß sie bestimmt im März kommen, weil dann eine Abstimmung stattfindet. Englische Parlamentarier und Offiziere sollen für diesen Termin bereits an zahlreichen Orten, besonders in Wien, Zimmer bestellt haben, weil sie zu Mitgliedern der Abstimmungskommission bestimmt seien; in einem Fall wird sogar von einem amerikanischen Oberst gesprochen, der zu diesem Termin mit seinem ganzen Stab hierherkommen soll. Weiters wird behauptet, daß Schuschnigg gelegentlich seiner Obladiser Aufenthaltes in Landeck mit dem bekannten Völkerbundskommissar Knox ^{Centered} zusammengetroffen sei u. ganz Übergescheite wollen sogar wissen, daß bei dieser Besprechung auch Dr. Ley und der deutsche Gesandte von Papen anwesend waren.! (entspricht aber nach jüngsten Ermittlungen nicht den Tatsachen).

II.

Durch das DNB wurde kürzlich gemeldet, daß die Revision des Todesurteiles gegen den Südtiroler Gufler, der mehrere italienische Finanzsoldaten erschossen hat, vom italienischen obersten Gerichtshof verworfen worden ist. Hiezu muß ergänzend mitgeteilt werden, daß Johann Gufler, damals, als die Tat geschehen war (Anfang November 1933), von den Finanzierie angeschossen war einen Lungendurchschuß erlitten hatte und trotz dieser schweren Verletzung über das Hochgebürge nach Österreich entwich, das Ötztal seiner/ganzen Länge nach durchwanderte und mit der Bahn nach

Innsbruck fuhr, wo er sich ins Krankenhaus begab. Infolge der Art der Verletzung mußte der behandelnde Arzt pflichtgemäß die Anzeige an die österr. Behörden machen, worauf Gufler verhaftet wurde. Er wurde dann an Italien ausgeliefert. Sollte die Todesstrafe vollstreckt werden, so würde dies einen schweren Völkerrechtsbruch bedeuten, da zu dieser Zeit in Österreich die Todesstrafe nicht bestand und nach dem Völkerrecht daher an den Ausgelieferten nicht vollzogen werden darf.

III.

Laut einer Weisung der Generaldirektion für das Sicherheitswesen an die Landessicherheitsbehörden hat die Bundespolizeidirektion die Grenzstellen, insbesondere Kufstein, angewiesen, daß mit Rücksicht auf eine deutsch-italienische Annäherung stärkere Verbindungen zwischen deutschen und österr. nationalsozialistischen Parteistellen zu erwarten sein dürfte, die Grenzen besonders scharf nach Personen zu überwachen sind, die die Grenzen in beiden Richtungen überschreiten. Außerdem ist eine Weisung ergangen, auf nationale Heimwehrführer, von denen teilweise behauptet wird, daß sie jüngst im Reiche gewesen sind und auch in der nächsten Zeit wieder hinauszureisen beabsichtigen, um ihrerseits Verbindungen mit dortigen Stellen anzuknüpfen, im Betretungsfalle sofern zu verhaften, falls deren Grenzübertritt illegal erfolgt.

Hiebei werden insbesondere namentlich angeführt u.a.:
Universitätsbibliothekar Dr. Schweinitzhaupt, Innsbruck;
HW-Führer Christoph, Kopfgarten, Moigg Mayrhofen; Plattner
Zirl.-

gez.: Nicoll
Grenzpolizei-Kommissar.

R. F.

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

60

| | | | | | | | | | | | |
|--|-------|------|------|----------------------|-------|------|------|--------------------------|--|--|--|
| Aufgenommen | | | | Befördert | | | | Raum für Eingangsstempel | | | |
| Tag | Monat | Jahr | Zeit | Tag | Monat | Jahr | Zeit | | | | |
| 24 | 5 | 36 | 1100 | | | | | III 22 22. 5. 36. | | | |
| von | | | | an | | | | durch | | | |
| | | | | Verzögerungsvermerkt | | | | | | | |
| Nr. 11907 | | | | | | | | | | | |
| Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch | | | | | | | | | | | |

SD OA SUED MUENCHEN 2824 22.5.36 1100 ==

== AN DAS

SD- HAUPTAMT BERLIN, ZU HD. SS- STAF. J O S T .

=== P E R S O E N L I C H . ===

= BETR.: DERZEITIGE GAULEITER NSDAP- OESTERREICH. =

= VORG.: DORT FS 14454 V. 22.5.36. ===

= VOM HAUPTAMT 11/3 , SS- OSUF. BOLKENBORN GING HIER DURCH FS ANFRAGE UM DIE NAMEN DER DERZEITIGEN AMTIERENDEN NS- GAULEITER UND DEREN STELLVERTRETER EIN. NAMEN SIND HIER UB UNEBKANNT , SS- OSTUF. LAPPER IST EBENFALLS NICHT UNTERRICHTET. UEBER OBENGENANTE ANGELEGENHEIT KOENTE VIELLEICHT KAMERAD SCH. AM SAMSTAG AUSKUNFT GEBENMV ===

SD OA SUED MUENCHEN- III

GEZ. M A A S SS- H' STUF.+ D

III 22

11221
u

3 von P. Jahn
418 p.

S
III/1 V 771.

2140 L

| | | | | |
|-------------|---------|--------------|---------|--|
| SD-Hauptamt | | Int. | Akt.-S. | |
| 21384 | | 23 APR. 1936 | | |
| II 1 | 193 | 2-7/36 | Jg | |
| III 1 | 7. Juli | 1936 | | |
| | | | | |
| | | | | |

An

1. Doppel entnommen
Hauptkanzlei

22. April 1936. Do.

Betr.: Politischer Lagebericht des Kardinals Sabilia an den Vatikan vom 7.1.36.-

Vorg.: Ohne.-

Hier liegt ein, von einem Gewährsmann des Sonder-VM München stammender Auszug des oben genannten Berichtes vor. Der Bericht des Kardinals stammt vom 7. Januar ds. Js. und ist daher zum grossen Teil schon veraltet, enthält jedoch einige interessante Einzelheiten.

Der Bericht fusst auf den damaligen Bestrebungen Bundeskanzlers Schuschnigg, Österreich von der italienischen Politik unabhängiger als bisher zu machen und gleichzeitig eine Annäherung an die damals angeblich "wiederhergestellte britisch-französische Entente" zu Stande zu bringen. Um den Widerstand der Heimatschutzminister zu beseitigen, stellte Schuschnigg diese Umstellung der österreichischen Aussenpolitik als die einzige Möglichkeit hin, "die Wiederherstellung der Stresafrent zu bewerkstelligen". Die darauf folgende Annäherung zwischen Wien und Prag habe tatsächlich die Zustimmung des gesamten Wiener Kabinetts gehabt und die anschliessende Budapester Reise Schuschniggs sollte als Ergebnis entweder eine weitgehende "Vermittlung zwischen Prag und Budapest" sein, oder eine gemeinsame "Intervention Wiens und Budapests in Paris und London gegen die kleine Entente" nach sich ziehen. Sabilia betont, eine Verständigung zwischen Österreich und der Kleinen Entente bilde ein "zwingendes Gebot" der österreichischen Aussenpolitik.

Befürchtet werde in Wien eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien, hervorgerufen durch den Britisch-Fran-

zösischen Mächteblock. Nur die Wiederherstellung der Stresafront könne diese Gefahr für Österreich aus der Welt schaffen.

Sibilia schreibt weiterhin wörtlich:

"Meine jüngsten Unterredungen mit Dr. Schuschnigg liessen mich erkennen, daß der österreichische Kanzler der Mann ist, der befähigt wäre, die grosse, Österreich zukommende Aufgabe mehr oder weniger erfolgreich zu erfüllen. Er ist ein tief überzeugter Monarchist und aufrichtiger Vorkämpfer des autoritären Regimes, hat sofort die Gründe erkannt, die die Kirche dazu bewogen, eine Annäherung Österreichs nicht nur an die westeuropäischen demokratischen Mächte England und Frankreich, sondern auch an die tschechische Republik zu befürworten."

Es folgt eine innerpolitische Beurteilung der CSR. Eine Heranziehung der slowakischen Volkspartei und der deutschen Christlichsozialen in die Regierungskoalition würde eine Stärkung des katholischen Flügels zur Folge haben, jedoch auch im Falle einer Sprengung der bestehenden Koalition durch die Agrarparteien erlitten die Christlichsozialen keinen Verlust, da höchstwahrscheinlich ein katholisch-sozialdemokratisches Kabinett Centered S c h r a m e k folgen würde, das "aus taktischen Gründen von der KPC unterstützt würde" (!!). Auch die slowakischen Agrarier unter H o d z a würden in diesem Falle die republikanische Koalition verlassen und sich der neuen Koalition anschliessen. Ebenso brächte ein wider Erwarten gelingender Versuch der Einigung zwischen dem rechten Flügel der Agrarier und der nationalen Vereinigung für den katholischen Block und seinen Einfluss nur Vorteile. Auch eine Rechtsregierung sei unter allen Umständen für eine Verschärfung des Kampfes gegen den "Pangermanismus" und damit gegen die Abhängigkeit Österreichs von Deutschland. Österreich habe also unter allen Umständen Grund eine Annäherung an die CSR zu begrüssen, um eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus zu gründen. Diese Ausführungen über die tschechische Innenpolitik sind Sibilia von Schuschnigg persönlich gemacht worden.

Sibilia glaubt als Folge von Schuschniggs Reise nach Prag bereits eine Verschärfung des Kampfes in beiden Ländern gegen den Nationalsozialismus voraussagen zu können.

Grosse Sorge bereiten den katholischen Kreisen dagegen

die Beziehungen zwischen Wien und Budapest. Die ungarische Regierung zeigt noch immer keine Bereitschaft zu einem Einvernehmen mit Wien in der Restaurationsfrage und erweckt hier ausserdem Misstrauen gegen das deutsch-ungarische Verhältnis. Überhaupt besteht in Wien ständig die Furcht vor einer Einigung zwischen Berlin einerseits und Budapest und Rom andererseits, ebenso vor den von deutscher Seite angeblich immer wieder unternommenen Versuchen, eine Einigung zwischen Ungarn und Jugoslawien herbeizuführen. In beiden Fällen würde eine Einigung nur auf Kosten Österreichs erfolgen. Sibilialia schreibt, Schuschnigg spreche von einer fixen Idee der ungarischen Diplomatie, die die Bildung eines deutsch-polnisch-ungarisch-italienischen Blocks beinhalte.

Sibilialia spricht schliesslich die Vermutung aus, "der hl. Stuhl werde es kaum vermeiden können, in irgendeiner Form gegen die aussenpolitische Linie Ungarns Stellung zu nehmen und zwar in erster Hinsicht gegen jede deutsch-ungarische Abmachung Österreich betreffend."

Centered

S
III/1 V 771.

Handwritten notes: "11 11 3 8 K." with a large checkmark.

An _____ l.

22. April 1936. Do.

Betr.: Politischer Lagebericht des Kardinals Sibilis an den Vatikan vom 7.1.36.-

Vorg.: Ohne.-

Hier liegt ein, von einem Gewährmann des Sonder-VN München stammender Auszug des oben genannten Berichtes vor. Der Bericht des Kardinals stammt vom 7. Januar ds. Js. und ist daher zum grossen Teil schon veraltet, enthält jedoch einige interessante Einzelheiten.

Der Bericht fusst auf den damaligen Bestrebungen Bundeskanzlers Schuschnigg, Österreich von der italienischen Politik unabhängiger als bisher zu machen und gleichzeitig eine Annäherung an die damals angeblich "wiederhergestellte britisch-französische Entente" zu Stande zu bringen. Um den Widerstand der Heimatschutzminister zu beseitigen, stellte Schuschnigg diese Umstellung der österreichischen Aussenpolitik als die einzige Möglichkeit hin, "die Wiederherstellung der Stresafront zu bewerkstelligen". Die darauf folgende Annäherung zwischen Wien und Prag habe tatsächlich die Zustimmung des gesamten Wiener Kabinetts gehabt und die anschliessende Budapestreise Schuschniggs sollte als Ergebnis entweder eine weitgehende "Vermittlung zwischen Prag und Budapest" sein, oder eine gemeinsame "Intervention Wiens und Budapests in Paris und London gegen die kleine Entente" nach sich ziehen. Sibilis betont, eine Verständigung zwischen Österreich und der Kleinen Entente bilde ein "zwingendes Gebot" der österreichischen Aussenpolitik.

Befürchtet werde in Wien eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien, hervorgerufen durch den Britisch-Fran-

zösischen Mächteblock. Nur die Wiederherstellung der Stressfront könne diese Gefahr für Österreich aus der Welt schaffen.

Sibilia schreibt weiterhin wörtlich:

"Meine jüngsten Unterredungen mit Dr. Schuschnigg liessen mich erkennen, daß der österreichische Kanzler der Mann ist, der befähigt wäre, die grosse, Österreich zukommende Aufgabe mehr oder weniger erfolgreich zu erfüllen. Er ist ein tief Überzeugter Monarchist und aufrichtiger Vorkämpfer des autoritären Regimes, hat sofort die Gründe erkannt, die die Kirche dazu bewegen, eine Annäherung Österreichs nicht nur an die westeuropäischen demokratischen Mächte England und Frankreich, sondern auch an die tschechische Republik zu befürworten."

Es folgt eine innerpolitische Beurteilung der CSR. Eine Heranziehung der slowakischen Volkspartei und der deutschen Christlichsozialen in die Regierungskoalition würde eine Stärkung des katholischen Flügels zur Folge haben, jedoch auch im Falle einer Sprengung der bestehenden Koalition durch die Agrarparteien erlitten die Christlichsozialen keinen Verlust, da höchstwahrscheinlich ein katholisch-sozialdemokratisches Kabinett S c h r a m e k folgen würde, das "aus taktischen Gründen von der KPC unterstützt würde" (11). Auch die slowakischen Agrarier unter H o d z a würden in diesem Falle die republikanische Koalition verlassen und sich der neuen Koalition anschliessen. Ebenso brächte ein wider Erwarten gelingender Versuch der Einigung zwischen dem rechten Flügel der Agrarier und der nationalen Vereinigung für den katholischen Block und seinen Einfluss nur Vorteile. Auch eine Rechtsregierung sei unter allen Umständen für eine Verschärfung des Kampfes gegen den "Pangermanismus" und damit gegen die Abhängigkeit Österreichs von Deutschland. Österreich habe also unter allen Umständen Grund eine Annäherung an die CSR zu begrüssen, um eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus zu gründen. Diese Ausführungen über die tschechische Innenpolitik sind Sibilia von Schuschnigg persönlich gemacht worden.

Sibilia glaubt als Folge von Schuschniggs Reise nach Prag bereits eine Verschärfung des Kampfes in beiden Ländern gegen den Nationalsozialismus voraussagen zu können.

Grosse Sorge bereiten den katholischen Kreisen dagegen

die Beziehungen zwischen Wien und Budapest. Die ungarische Regierung zeigt noch immer keine Bereitschaft zu einem Einvernehmen mit Wien in der Restaurationsfrage und erweckt hier ausserdem Misstrauen gegen das deutsch-ungarische Verhältnis. Überhaupt besteht in Wien ständig die Furcht vor einer Einigung zwischen Berlin einerseits und Budapest und Rom andererseits, ebenso vor den von deutscher Seite angeblich immer wieder unternommenen Versuchen, eine Einigung zwischen Ungarn und Jugoslawien herbeizuführen. In beiden Fällen würde eine Einigung nur auf Kosten Österreichs erfolgen. Sibilis schreibt, Schuschnigg spreche von einer fixen Idee der ungarischen Diplomatie, die die Bildung eines deutsch-polnisch-ungarisch-italienischen Blocks beinhaltet.

Sibilis spricht schliesslich die Vermutung aus, "der hl. Stuhl werde es kaum vermeiden können, in irgendeiner Form gegen die aussenpolitische Linie Ungarns Stellung zu nehmen und zwar in erster Hinsicht gegen jede deutsch-ungarische Abmachung Österreich betreffend."

Centered

1011

III/22-Br.B.Nr.AST/2/36.--

16.4.36.

An lolo.

Betr.: Bericht des Wiener-Kardinals Sabilia
an den Hl.Stuhl v.7.1.36 über die
allgemein politische Lage vom kath.
Standpunkt aus gesehen.
Vorg.: ohne.

Centered
Anliegend wird ein hier eingegangener
Bericht zum genannten Betreff mit der Bitte
um Kenntnissnahme in Vorlage gebracht.

Anlage.

| | |
|--|-----------------------------|
| S. D. D. U. Süd Eing.: 17. APR. 1936 B. Nr. 6935 | |
| z. Bearbeitung I 1 | z. Kenntnissnahme II 113 |

19/4.36.
[Signature]

21. April 1936

H

S e h r v e r t r a u l i c h !

Betr.: Bericht des Kardinals Sibilial v. 7.1.36 an den Vatikan.

Kardinal Sibilial stellt in seinem Bericht an den Staatssekretär Kardinal Pacelli fest, dass die österreichische Regierung allmählich ihren Entschluss verwirkliche, die Aussenpolitik Österreichs von jener Italiens abhängig zu machen. Ohne diese Entscheidung ostentativ zum Ausdruck zu bringen, sondern vielmehr das Weiterbestehen der österr.-ital. Verbundenheit unterstreichend, vollziehe Dr. Schuschnigg die „planmässige Annäherung Österreichs an die soeben wiederhergestellte britisch-französische Entente.“

„Der ursprünglich relativ starke Widerstand der Heimatschutzminister gegen eine solche Wendung der österreichischen Aussenpolitik wurde von Dr. Schuschnigg dadurch bereinigt, dass er in dem diesbezüglichen Ministerratsbeschluss ausdrücklich das Ziel dieser Wendung als den einzigen Weg zur Wiederherstellung der Stresafront formulieren liess. Auch der gleichzeitige Druck der führenden Wirtschafts- u. Industriekreise auf den Heimatschutz hat seine Wirkung nicht verfehlt, sodass die unmittelbar bevorstehende Annäherungsaktion zwischen Wien und Prag in der Tat die Zustimmung des gesamten Kabinetts haben wird. Die an den Pragerbesuch Dr. Schuschniggs anschliessende Budapestreise des Aussenministers Berger-Waldenegg wird entsprechend den Ergebnissen der tschech.-österr. Aussprache entweder einer weitestgehenden Vermittlung zwischen Prag und Budapest sein oder der Vorbereitung einer gemeinsamen österr.-ungarischen Intervention in Paris und London gegen die kleine Entente.“

Nach Ansicht des Kardinals Pronuncius kommt der Budapestreise des Aussenministers nur sekundäre Bedeutung zu. Eine Verständigung mit der kleinen Entente bilde ein „zwingendes Gebot“ der österr. Aussenpolitik, sodass die Wiener-Regierung a priori mit einem evtl. Scheitern ihrer Annäherungsversuche gegenüber der kleinen Entente nicht rechnen wolle. Der diesbezügliche Ministerratsbeschluss spricht von einer „gemeinsamen österr.-ungar. Intervention in Paris und London gegen die kleine Entente im Falle eines Misserfolges der Prager-Verhandlungen“ Dr. Schuschniggs. Man sei jedoch überzeugt, dass dieser Fall nicht eintreten werde. Zumindest gelte das für den Bundeskanzler selbst.

Nach der Behauptung des Kardinals Pronuncius Sibilial befürchtet die Wienerregierung eine Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und Italien, die durch die Bildung des franko-britischen Mächteblocks hervorgerufen werden könnte. Nur die Wiederherstellung der Stresafront würde nach Ansicht der Bundesregierung diese Gefahr für Österr. aus der Welt schaffen. Solange die Stresafront nicht unmittelbar realisiert werden könne, sehe sich die Wiener Regierung gezwungen, die Unabhängigkeit Österreichs durch Sondervereinbarungen mit den Staaten der Kleinen Entente anzustreben.

„Die führenden Männer Österreichs“, so schreibt der Kardinal, „haben die Anregungen der heitligen katholischen Kirche richtig erfasst und genau befolgt. Anstatt der gefährlichen Forcierung einer ostentativen Restaurationspolitik entschloss sich die österr. Regierung an die langsame Verwirklichung des schwierigen Planes heranzutreten, die Länder der ehemaligen österr.-ungar. Monarchie zu einer organisch vorbereiteten wirtschaftlichen Einheit zu sammeln, die vorerst kulturell und dann politisch zusammenzuführen wäre, um erst um Wege eines langwierigen und komplizierten Prozesses der Zusammenfügung und Verschmelzung zu einem föderativen Staate zu werden.“

Sibilia stellt fest:

„Meine jüngsten Unterredungen mit Dr. Schuschnigg liessen mich genau erkennen, dass der österr. Kanzler der Mann ist, der befähigt wäre die grosse Österreichische Aufgabe mehr oder weniger erfolgreich zu erfüllen. Er ist ein tief überzeugter Monarchist und aufrichtiger Vorkämpfer des autoritären Regimes, hat sofort die Gründe erfasst, die die Kirche dazu bewogen, eine Annäherung Österreichs nicht nur an die westeuropäischen demokratischen Mächte England und Frankreich sondern auch an die tschech. Republik zu befürworten. Der österreichische Bundeskanzler hat mir gegenüber der tschechischen innerpolitischen Entwicklung, die für die Stärkung der Position der katholischen Kirche von entscheidender Bedeutung ist, wie folgt beurteilt:

- a.) die gegenwärtige Regierungskoalition in der CSR werde allen Anschein auch weiterhin bestehen. Die zu erwartende Umbildung des Prager-Kabinetts durch Heranziehen der slowakischen Volkspartei und der deutschen Christlich-Sozialen in die Koalition werde ipso facto eine bedeutende Stärkung des katholischen Flügels innerhalb der tschechischen Regierung zur Folge haben.
- b.) selbst im Falle einer Sprengung der tschechoslovakischen Regierungskoalition durch die Agrarier werde allen Anschein nach ein katholisch-sozialistisches Kabinett mit Msgr. Stranek (? Name nicht leserlich!) an der Spitze geleitet werden. Dieses Kabinett würde aus taktischen Gründen von der KP unterstützt werden. Auch der slowakische Flügel der Agrarier unter Führung von Dr. Hodza würde sich allen Anschein nach dazu entschliessen, die Reihen der republ. Partei zu verlassen und der neuen Reg.-Koalition beitreten. Der massgebende Einfluss der katholischen Parteien wäre auch in diesem Falle gesichert.
- c.) Der evtl. Versuch des rechten Flügels der Agrarier sich mit der nationalen Vereinigung zu vereinigen wäre nahezu zum Scheitern verurteilt, sollte aber dieser Versuch wider Erwarten von Erfolg gekrönt sein, so wird in diesem Falle die Rolle des kath. Blockes der Parteien für die innen- und aussenpolitische Linie Prags bestimmend und entscheidend. Da die nationale Vereinigung übrigens unter allen Umständen für die Verschärfung des Kampfes gegen den Pangermanismus sei, würde auch eine Rechtsregierung in der CSR entschieden für die Unabhängigkeit Österreichs eintreten. Wie sich auch die innerpolitische Entwicklung in der CSR gestalten mag, die österreichische Bundesregierung habe jeden Grund, eine Annäherung an die CSR zu suchen, um eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus zu gründen.

S. glaubt schon jetzt dem Kardinal Pacelli berichten zu können, dass die Pragerreise des Bundeskanzlers Schuschnigg zu einer bedeutenden Verschärfung des Kampfes der beiden Regierungen gegen die nat. soz. Gefahr führen werden.

Würden nach der Meinung des Kardinals die Beziehungen der Regierungen zwischen Österreich und CSR, bzw. der Kleinen Entente eine wesentliche Festigung erfahren, so bereite das gegenwärtige Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn der Wiener Regierung grosse Sorgen. Die ungar.-österr. Beziehungen gelten als allgemein freundschaftlich, ja sogar als herzlich. In Wirklichkeit sind heute aber die Gegensätze zwischen Budapest und Wien beinahe grösser als jene zwischen Wien und Prag. Abgesehen davon, dass die Regierung heimlich nach wie vor nicht geneigt ist, das Restaurationsproblem im Einvernehmen mit Wien zu behandeln, ist das deutsch-ungarische Verhältnis durchaus geeignet, bei der österr. Regierung Misstrauen und Verstimmung hervorzurufen. Die vor Kurzem von Berlin neuerlich unternommenen Versuche, eine direkte Verständigung zwischen Belgrad und Budapest auf Kosten Österreichs herbeizuführen, ferner die von der ungarischen Diplomatie gemachten Vermittlungsversuche zwischen Rom und Berlin die wiederum in Österreich ein geeignetes Kompensationsobjekt gesehen haben sollen, dies alles steht im offenkundigen Widerspruch zu den römischen Protokollen und zu den offiziellen Erklärungen und Zusicherungen Budapests Wien gegenüber. Wie mir von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ausdrücklich bestätigt wurde, kennt die ungarische Politik nur die eine fixe Idee, die Bildung eines deutsch-polnischen-ungarischen-italienischen Blocks, der mit der Kleinen Entente schleunig fertig werden soll. Österreich bleibt nur die Wahl zwischen diesem Block und der Kleinen Entente.

Die ungarische Regierung sei zwar aus taktischen Gründen bereit, eine Verständigungspolitik gegenüber den Staaten der Kleinen Entente vorzutäuschen, wolle aber keinesfalls den Weg der Verständigung aufrichtig beschreiten."

Kardinal Sibilica spricht schliesslich die Vermutung aus, dass der Hl. Stuhl es kaum vermeiden können, in dieser oder jener Form gegen die aussenpolitische Linie Budapests Stellung zu nehmen und zwar in erster Reihe gegen jedwede deutsch-ungarische Abmachung betreffend Österreich.

Centered

Rakosch

221

1

Rakosch

1936

Admiral

Centered

101 (1001)
III/22 4833/36

An 1.

21. März 1936 7.

Betr.: Nachrichten aus Österreich: Mitteilungsblatt Nr. 46
Ausg. A. vom 24.2.36 der NSDAP Österreich.

Vorg.: Ohne.

In der Anlage wird das über den Vm Kiefersfelden hier
eingegangene Mitteilungsblatt Nr. 46, Ausg. A. vom 24.2.36
der NSDAP Österreich mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.

Anlage.

1088

| | | | | | |
|-------------|--------------|---------|--|--|--|
| SD-Hauptamt | Anl. | Akt.-B. | | | |
| 17001 | 26 MRZ. 1936 | | | | |
| III/1 | 31. März | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |

Sammlungs

SM.

1. Doppel entnommen
Hauptkanzlei

"Mein brennendster Herzenswunsch.....:
der Anschluss meiner geliebten Heimat an das gemeinsame Vaterland,
das Deutsche Reich."

A d o l f H i t l e r .

- - - - -

"Jedes Volk muss ein grosses Ziel haben, dem es als Ideal entgegenstrebt, bis das Ziel erreicht ist. Für jeden Deutschen kann seit dem Weltkrieg dieses Ideal nur in dem engültigen Zusammenschluss zu einem mächtigen Reich deutscher Zunge bestehen. Die Deutschen Oesterreichs waren sicher treue Söhne des alten Vaterlandes und haben gemeinsam mit den anderen Völkern der Monarchie zahllose Kämpfe für den Bestand des alten Reiches geführt, - bis es diesen anderen Völkern gefiel, uns in der schwersten Krise des Weltkrieges den Rücken zuzudrehen, sich auf die Seite unserer Feinde zu stellen, um auf unsere Kosten alle möglichen Vorteile daraus zu ziehen und uns dem Elend preiszugeben. Wer könnte uns Deutschen Oesterreichs zumuten, mit diesen Hochverrätern erneut einen Bund zu schliessen, eine Gemeinsamkeit einzugehen?"

Und so gibt es für uns nur mehr das eine Ziel: Die Vereinigung mit allen unseren Stammesbrüdern. Machen es die momentanen Umstände auch nicht möglich, dieses Ziel sofort zu erreichen, so müssen wir es als Ideal im Innern tragen, bis der Zeitpunkt kommt, der darin Wandel schaffen kann. Bis dahin bleibt uns nur, mit allen Mitteln unseren deutschen Sinn zu pflegen, die Keime dieses Ideals in die Herzen unserer Kinder zu legen und mit mannhafter Energie alles von uns zu weisen, was geeignet wäre, uns von diesem Ideal zu entfernen, selbst auch dann, wenn wir dadurch wirtschaftliche Not erleiden müssten. Welcher Deutsche könnte es über sich bringen, Verbindungen einzugehen, die uns nach den Erlebnissen des Weltkrieges in die Lage bringen könnten, gegen Deutsche zu kämpfen und wieder für die Interessen jener Hochverräter zu bluten, die unser altes grosses Vaterland zerrissen haben."

Feldmarschall Conrad v. Hötzendorf.

(Anm. Das Buch "Kaiserjäger im Osten" ist von der derzeitigen österr. Regierung verboten worden mit der Begründung, es bedeute eine Schmähung der alten österr. Armee, dass der Verfasser einem österr. Offizier Aussenungen grossdeutscher Tendenz in den Mund lege. - Also hat auch Feldmarschall Conrad sich desselben Vergehens schuldig gemacht..? - Dieser kaiserliche Offizier, den seine vorbildliche Auffassung von soldatischer Pflichterfüllung, Waffenehre und Ritterlichkeit längst über allen Streit der Meinungen gestellt hat, wird so zum Kronzeugen für die an Wahnsinn grenzende Vermessenheit, mit der der Traditionsbegriff "Oesterreich" von den heutigen Machthabern dieses Staates zum niederträchtigsten Volksverrat missbraucht wird.)

- - - - -

Misserfolg der Pariser Gespräche. - (Bericht aus Budapest.) - Nach allgemeiner Auffassung der Presse des Südostens haben die Pariser Besprechungen mit einem erstaunlichen Misserfolg abgeschlossen. Diese Besprechungen, die von Flandin angeregt worden sein sollen und den Zweck hatten, die "Irrtümer" Lavals wieder gutzumachen, seien vor allem an der Unnatur ihrer Zielsetzungen gescheitert. Sei es der Sinn der Besprechungen gewesen, die Staaten der Kleinen Entente, die durch die italienfreundliche Politik Lavals verstimmt wurden, durch die Rückkehr zu den politischen Richtlinien ~~Karr~~ Barthous, also zur Unnachgiebigkeit der Sieger, wieder an Frankreich zu fesseln, so werde dieses Bestreben notwendig dem heftigsten Widerspruch der sogenannten besiegten Staaten im Donautale begegnen müssen.

In der Tat habe es König Boris dem auch ablehnen müssen, ben Beitritt Bulgariens zum Donaupakt zuzusagen und es sei andererseits Ungarn nicht ratsam erschienen, auf eine Diskussion der neuartigen Pariser Donaupläne einzugehen. Es sei auch unverständlich, so steht in ungarischen Blättern zu lesen,

wie der Staatsmann Flandin, dem eine genaue Kenntnis des Donaubezirkes nachgesagt werde, in seiner Verwirrung soweit habe gehen können, bei seinen Plänen die beiden für diesen Bezirk wichtigsten wirtschaftlichen und damit auch politischen Faktoren, nämlich Italien und Deutschland, einfach auszuschalten. Wenn es überdies noch in den Pariser Zielsetzungen gelegen haben sollte (und das wohl auf die Suggestionen Titulescus hin) an die Stellen Italiens und Deutschlands im Donautal das rote Moskau zu bringen, so könnte diese "totgeborene Idee" und dieser "absurde Gedanke" einzig nur durch ihre Urheber interpretiert werden, denn mittels des normalen Verstandes allein sei das Rätsel, wie beispielsweise die staatliche Unabhängigkeit des katholischen Oesterreich durch das bolschewistische Russland garantiert werden sollte, unmöglich zu lösen.

Ganz allgemein wird über das Ergebnis der Pariser Besprechungen gesagt, dass es zwischen den westlichen Grossmächten trotz Frankreichs Wunsch nicht zu einem internationalen Abkommen hinsichtlich einer Garantie der Unabhängigkeit Oesterreichs gekommen sei. Weil verschiedene Mächte es abgelehnt hätten, im Interesse Oesterreichs neue Verpflichtungen zu übernehmen, sei nunmehr der Plan aufgetaucht, (angeblich wiederum von der Seite Titulescus) die Sicherheit Oesterreichs nunmehr ausschliesslich mittels des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts zu wahren.

Mit Genugtuung stellt übrigens besonders die katholische Presse ~~Österreich~~ Ungarns fest, dass sich auch das offizielle Oesterreich gegen eine Bevormundung durch osteuropäische Staaten (lies: die Sowjetunion) als geradezu gegen eine "Ungeheuerlichkeit" gewendet habe.

Nachrichten aus Bukarest wollen übrigens wissen, dass es Titulescu angeblich gelungen sei, die französische Regierung zur Ratifizierung des sowjet-russischen Hilfeleistungspaktes zu "überreden". Rumänien wäre dadurch in den Besitz einer neuen und grossen französ. Rüstungsanleihe gelangt, Ob das zutrifft, bleibt dahingestellt. Jedenfalls aber erregte der Besuch König Carols beim französischen Generalstabschef die allgemeine Aufmerksamkeit in den Südostländern.

Die gleich starke Beachtung finden freilich auch Meldungen, die davon sprechen, es sei zwischen Italien und Deutschland möglich geworden, dafür die österr. Frage eine gemeinsame Plattform zu bringen. Träfe das aber zu, so würde, schreibt die ungar. Presse, das ein überaus glücklicher Umstand ~~sein~~ für Ungarn sein, weil damit die "Achse Berlin-Rom", an die sich die ungar. Aussenpolitik eng anzulehnen wünsche, einen neuen Halt erlangen würde.

Abkühlung Oesterreich-Ungarn? - (Budapester Bericht). - Nachdem auf der Rückreise von Paris nach Budapest der ungar. Aussenminister Kenya in Wien seine Fahr unterbrochen hatte, um mit dem österr. Aussenminister Berger-Waldenegg eine "freundschaftliche" Aussprache, wie es in dem entlichen Bericht heisst, zu pflegen, ist nun auch der Bürgermeister von Budapest, Dr. Szendy, mit seinem Präsidialchef in Wien eingetroffen. In politischen Kreisen erklärt man, dass diese Besuche nur Höflichkeitsscharakter tragen, also die in letzter Zeit ein wenig erkalteten Beziehungen zwischen Budapest und Wien kaum in Schwung bringen können. Dafür spricht auch, dass die österr. ungar. Wirtschaftsverhandlungen immer noch keine Entspannung gebracht haben. Oesterreichs wichtigste Forderung auf ein Entgegenkommen Ungarns im Weizenpreis ist von Ungarn noch nicht angenommen worden....-

Aus diesen ungarischen Meinungsäusserungen ist zu ersehen, dass die neuesten ~~Ungar~~ Anglerkünste der dzt. österr. Regierung nach aussenpolitischen Stützen bei der Kleinen Entente von Ungarn mit lebhaftem Missfallen beobachtet werden. Wie es andererseits mit dem Versuch, das wankende Regime durch eine Restauration der Habsburger zu retten aussieht, bezeichnet eine offizielle Feststellung des Prager Rundfunks vom 21. 2. (als Schlusssatz einer Besprechung der Reise Hodzas nach Belgrad): "In der Frage der Restauration der Habsburger gibt es in Prag und Belgrad nur einen gemeinsamen Standpunkt: den der unbedingten Ablehnung!" - Es mag also angebracht sein, die aussenpolitische Situation der gegenwärtigen Wiener Regierung als nicht gerade sehr hoffnungsvoll zu beurteilen.-

lol

Right-Bottom Aligned

Es regt sich was....! - Unser Aufruf vom 18. Jänner und andere Flugblätter wurden in englischer und französischer Sprache den dzt, in Oesterreich ~~zur~~ weilenden Ausländern zugänglich gemacht. Aus Seefeld erhalten wir hierzu Berichte, die besagen, dass die Verteilung einwandfrei geklappt hat. Die fremden Gäste fanden die Flugblätter unter ihren Tischgedecken; anderen wieder fielen sie in die Hände, wenn sie ihre heimatlichen Zeitungen entfalteten. Mit Behagen konnten wir von dem Wutausbruch eines französischen Juden in einem Innsbrucker Gastgewerbebetrieb Kenntnis nehmen. Der Gast aus fernen Ländern spie Gift und Galle, dass er nicht mal im christlichen Ständestaat vor den Nazi Ruhe habe. - Der offene Brief an den Bundespräsidenten wurde in Wien an etwa 4000 Stellen öffentlich angeschlagen. - Ein schneidiges Husarenstück hat ein junger Kämpfer in Graz geliefert; er verteilte an einer der belebtesten Strassenecken der Stadt am helllichten Tag einen grossen Pack unserer Flugblätter mit dem Aufruf, indem er jedem Vorübergehenden ein Blatt in die Hand drückte. Bis die Polizei dahinterkam, was da für neuartige Zettelreklame betrieben wurde und den Uebeltäter fassen wollte, war dieser über alle Berge; - seine Zettel hatte er aber restlos angebracht! - Es ist kein Wunder, dass Minister Baar-Barenfels mit dem Wiener Polizeipräsidenten Hofrat Skubl einen heidenmässigen Krach hatte. Der Sicherheitschef warf seinem Oberbüttel an den Kopf, dass die Polizei überhaupt nichts wisse, dass die fortwährenden nationalsozialistischen Aktionen des Vorhandensein einer Organisation bewiesen, von der die Polizei ~~keine Ahnung~~ ~~nichtswissend~~ und dass diese überhaupt nicht mehr funktioniere. - keine Ahnung habe

Unfreiwillige Propaganda für uns machten die österr. Behörden mit ihrer Praxis der Ausreisewilligung zu den Olympischen Winterspielen in Garmisch. Wer irgendwie als Nationalsozialist oder "Sympathisierender" abgestempelt ist, ~~wurde~~ dem wurde die Bewilligung verweigert. Unbelastete und gut Angeschriebene wurden hinausgelassen. Nun kennt jedermann den überwältigenden Eindruck, den der Betrieb in Garmisch, die Stimmung dort, die fabelhafte Organisation und vor allem die herzliche Aufnahme der Oesterreicher gemacht haben, ~~wurde~~ ~~so~~ so dass nur wenige Stunden des Aufenthaltes dort nicht spurlos an dem Besucher vorübergehen konnten. Wir müssen daher den österr. Behörden sehr dankbar sein, dass sie gerade jenen, die ihre Ansichten über Hitler-Deutschland aus den Systemzeitungen zu beziehung und zu bilden pflegen, vorzugsweise einen Einblick in die Wirklichkeit bewilligten. So urteilslos wie die Wiener "Sonn- und Montagszeitung" die eine unsagbar alberne Zeichnung bringt (einen Skifahrer, der am Innsbrucker Bahnhof aussteigt und sich freut, der braunen Pest entronnen zu sein) sind gottlos auch die verbissensten Vaterländischen nicht und es sprechen der Anzeichen viele dafür, dass ein von den österr. Passbehörden huldvollst bewilligter Aufenthalt in Garmisch in Fällen, die für ~~unser~~ unsere Propaganda aussichtslos gewesen wären, ganz überraschende Wirkungen erzielt hat. -

Hie Danzig - hie Oesterreich. - (Aus der "Halle'schen Landeszeitung") - Um dem Völkerbund, der dem italienisch-abessinischen Konflikt einmal ziemlich ratlos gegenübersteht, ein dankbareres ~~mit~~ Beschäftigungsobjekt zu schaffen, hat der Danziger Völkerbundskommissar Sir Lester in Genf eine Beschwerde über das nationalsozialistische Regime in Danzig eingebracht. Im Zuge der vom englischen Aussenminister Eden mit Nachdruck vertretenen Propaganda gegen die "autokratischen Staaten" hat der Völkerbund, der die Petrolsperre gegen Italien einstweilen in die Schreibtischlade legen musste, diese Gelegenheit mit Freuden ergriffen, um sich hier billige und ungefährliche Lorbeeren zu holen. Man liess es sich angelegen sein, demokratische Ideale in sorgfältige Obhut zu nehmen, hat aber auch bei dieser Gelegenheit wieder ganz vergessen, dass z.B. in Oesterreich ein autokratisches System zur Genüge exerziert wird. Hier wurde niemals eine Volksabstimmung veranstaltet, die doch auch in Danzig die legitime Basis der gegenwärtigen dortigen Regierung ist. Hier bemühen sich die einheimischen Nationalsozialisten vergeblich, die Forderung nach allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen durchzusetzen. Hier wird nicht nur etwa eine Minderheit, sondern offensichtlich die Mehrheit des Volkes von der Stahlglocke eines Systems niederschalten, das keinerlei

Right-Bottom Aligned

demokratische Rechtfertigung besitzt. - "Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!" - Was in Danzig beanstandet werden soll, obwohl die Mehrheit des Volkes hinter dem dortigen Regime steht und dies bei den letzten Wahlen bewiesen hat, soll in Oesterreich, wo ein Blinder sieht, wie die innerpolitischen Verhältnisse gelagert sind, auf einmal nicht mehr wahr sein. Demokratische Regungen in Oesterreich wären gewissen Staaten unangenehm, weil sie für die deutsche Position ausschlagen würden. Demokratische Regungen in Danzig aber sind in Genf erwünschte Anhaltspunkte, denn sie können zur Spitze gegen Deutschland gewandelt werden. Alle Ideale fliegen in den Kehricht, wenn es die aussenpolitischen Interessen erfordern. Das ~~Lehr~~ lehrt Danzig das lehrt Oesterreich, und das lehrt immer wieder auch Genf!

Unser offener Brief an den Bundespräsidenten wird in der Schweiz folgendermassen beurteilt: "Die nationalsozialistische Bewegung Oesterreichs hat bekanntlich am 18. Jänner ds. J. eine Proklamation an das österr. Volk erlassen. Die Verbreitung erfolgte über das gesamte Bundesgebiet. Die österr. Regierung hat nachträglich den Versuch unternommen, die Verbreitung als bedeutungslos hinzustellen und für die Aktion des Deutschen Reich verantwortlich zu machen. Am 6. Februar ds. J. hat nun die Landesleitung der österr. Nazi-Bewegung an den österr. Bundespräsidenten Wilhelm Miklas einen offenen Brief gerichtet, dessen Original sicherem Vernehmen nach bereits in den Händen des Empfängers ist. Der offene Brief an das Staatsoberhaupt ~~ist~~ liegt in seiner Art auf der gleichen Linie wie alle Propaganda-Unternehmen der österr. Nazi und ist ein neuerlicher Beweis für ihren, in letzter Zeit besonders eifrig geführten Kampf für die Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände in Deutsch-Oesterreich..." - Der Bericht gibt dann eine ausführliche Inhaltsangabe des offenen Briefes und bezeichnet diesen als "überaus sachlich und in feiner diplomatischer Sprache gehalten." -

Der Umbruch ins Kaiserliche Oesterreich.- Nach der Rückkehr Schuschniggs von seiner Prager Reise am 18. und der Amtswahlertagung der VF am 19. Jan. schrieb der getaufte Jude Otto Günther, der als Christlichsozialer und Heimatschützer seit 1918 in Monarchie und Habsburg Politik gemacht hat, am 20. 1. in seiner "Bürgermeister-Zeitung", dass am 19. Jan, durch Starhembergs Rede der Umbruch ins kaiserliche Oesterreich vollzogen sei. Zur Wiederrichtung des kaiserlichen Thrones seien nur mehr einige unbedeutende Aktionen ~~notwendig~~ notwendig. Um diese unbedeutenden Aktionen aus dem Wege zuräumen, fuhr Starhemberg nach London und Paris. Man lernte dort den Söldling Italiens endlich persönlich kennen und ohne etwas mehr als ein Fiasko erreicht zu haben, musste Ernst Starhemberg wieder nach Wien zurückfahren. Von einer Restauration der Habsburger kann nunmehr keine Rede mehr sein, auch nicht über den Umweg einer wirtschaftlichen Donaukonföderation, wie es sich Starhemberg und die Legitimisten nunmehr vorstellen. Der Jubel der Habsburger und ihres Anhanges unmittelbar nach dem 19. Januar, "die Wiederrichtung der Habsburger Monarchie sei heute sowohl innen- wie aussenpolitisch ein gelöstes Problem" war stark verfrüht. Starhemberg wird nun vielleicht wieder nach Rom fahren, um neue Instruktionen von Mussolini zu holen, und dieser wird ihm vielleicht gar zu verstehen geben, dass er zur Einsicht gekommen sei, eine Lösung der österr. Frage ohne Deutschland und ohne das österr. Volk sei nicht möglich. Auf jeden Fall wird der Anschluss Oesterreichs an die Kleine Entente auch wirtschaftlich nie möglich sein. Die Wiener Politik ist in einer Sackgasse. Für die Regierung gibt es heute schon nur mehr das Eine: Zurücktreten! - Aber dazu scheint sie den Mut nicht zu haben!

Otto v. Habsburg als Deutschenfresserlehrling. - Belgien befindet sich gegenüber Frankreich in einem ähnlichen staatspolitischen Abhängigkeitsverhältnis wie Oesterreich gegenüber Italien. Abgesehen davon ist aus dem Weltkrieg her noch zur Genüge bekannt, in welcher unmenschlicher Art Belgien den Krieg gegen Deutschland führte. Der rücksichtslose und völkerrechtswidrige Bandenkrieg der belgischen Bevölkerung, die Niedermetzelung ~~der~~

wehrloser Verwundeter wie in Löwen, die Ueberfälle auf ruhende Soldaten usw. gehören zu den widerwärtigsten Erinnerungen des Weltkrieges. So mancher deutsche und auch österr. Soldat (-es waren ja auch österr. Truppenteile in Belgien eingesetzt-) fand seinen Tod durch feigen Mord. Noch heute aber wagt es die belgische Regierung, diese feige Kampfesart in Wort und ~~Stimme~~ Schrift zu verteidigen. - Nun haben es Otto von Habsburg bzw. seine Ratgeber für gut befunden, dass er sich zur Absolvierung seiner militärischen Studien die belgische Generalstabakademie aussuchte. Es ist bekannt, welcher grenzenloser Hass heute noch das belgische Offizierskorps gegen Deutschland beherrscht und dass die Aufrüstung dieses Landes im Auftrag Frankreichs geschieht und ausschliesslich gegen Deutschland gerichtet ist. Otto v. Habsburg wird in dieser militärischen Schule lernen, wie man Deutschland bekämpft, wie man einen Bandenkrieg - natürlich auch nur gegen Deutschland - organisiert und er wird den Revanchegeist des belgischen Offizierskorps gegen Deutschland in sich aufnehmen. Er wird zweifellos als guter belgisch-französischer Offizier diese Schule verlassen und selbstverständlich trachten, das Gelernte - wenn er zur Regierung kommen würde - praktisch zu verwerten. Damit wäre die Absicht der Brahtzieher der Habsburger Restauration vollkommen erreicht. Nur wird das deutsche Volk in Oesterreich, diesen Bestrebungen einen scharfen Strich durch die Rechnung machen.-

--- --

Habsburgs Landesverrat. - In der Wochenschrift klerikaler Emigranten in Wien "Der christliche Ständestaat" schrieb der jüdische Legitimistenführer Dr. Friedrich Wiesner "Grundsätzliches zum österr. Legitimismus" und lehnt eine Volksabstimmung über die Restauration der Habsburger ausdrücklich ab.

In einem Befehl der VF heisst es u.a.: "Zur Ausrufung der Monarchie in Oesterreich ist niemand anderer als das österr. Volk selbst berufen."

Ohne auf diese Meinungsverschiedenheit im Regierungslager - die ja bekanntlich auch in anderen Fragen chronisch ist - näher einzugehen, muss vor aller Weltöffentlichkeit festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrheit des österr. Volkes von der Habsburger Monarchie nichts wissen will. Die Ehreneinbürgerungen Ottos, den man bereits zu Otto v. Oesterreich umgetauft hat, sind eine optische Täuschung. Das deutsche Volk in Oesterreich hat die Kriegszeit nicht vergessen. Die Politik der Habsburger, vor allem der Landesverrat Kaiser Karls sind in ganz Oesterreich noch in lebhafter Erinnerung. Die gleiche Zita Bourbon-Parma, die heute für ihr Söhnchen eine Existenzmöglichkeit sucht, hat zusammen mit ihrem Karl I. die Mittelmächte verraten. Der weltbekannte "Sixtusbrief" ist ein Dokument, das in aller Eindeutigkeit gegen die Habsburger zeugt. Während die Soldaten an der Front hungerten und verbluteten und jeder erbarmungslos aufgehängt oder an die Wand gestellt wurde, der sich gegen die Kriegsführung stellte, diktierte die welsche Zita in Laxenburg ihrem Bruder Sixtus den Brief, der von Kaiser Karl I., einem erbärmlichen Pantoffelhelden, dann unterzeichnet wurde. Es ist der Brief eines Verräters schlimmster Sorte. Die Habsburger wollten hinter dem Rücken und auf Kosten der Kriegspartner ihre Krone retten. Den Verrat hat das Schicksal gerächt. Die Donaumonarchie wurde zerschlagen.

Zita und ihre Trabanten an der Donau und an der Seine sind zwar emsig am Werk, wieder ein Reich aufzurichten. Die Grundlage soll der "christliche Ständestaat" bilden. Bereits glaubten diese blaublütigen Herrschaften, das Ziel erreicht zu haben. Aber die Gegenkräfte, die sich zu einer einheitlichen Abwehrfront zu organisieren anschicken, sind vorderhand noch stärker als die Politik der Bourbon-Parma-Habsburg. Dieses Habsburg muss für die Weltgeschichte für alle Zeiten erledigt sein. Es sind bittere Wahrheiten: Habsburg bedeutet Bürgerkrieg in Oesterreich, - es kann aber auch Krieg in Mitteleuropa bedeuten. An diesen Wahrheiten dürfen die Politiker und Diplomaten in London und Paris nicht vorübergehen.-

--- --

Internationale Nachforschungen im Christlichen Ständestaat. - In Brünn erscheint nunmehr im dritten Jahrgang die "Arbeiter-Zeitung", das Organ der österr. Sozialisten. Die Zeitung erhielt anstandslos die Bewilligung zur Beförderung und Zeitungsfrankatur von den tschechischen Behörden, d.h. diese unterstützen die Arbeit der ~~tschechischen~~ roten Emigranten und die Herren in

Wien, die sonst so mimosenhaft empfindlich gegen jedes Einmischungsflüchtchen sind, lassen sich dadurch nicht abhalten, den tschechischen Nachbarn in neuentdeckter Liebe ans Herz zu drücken.

In der letzten Nummer von 1935 dieser "Arbeiter-Zeitung" werden nun die Hintergründe der Weihnachtsamnestie ~~xxx~~ enthüllt. Sie wurde vom Bundeskanzler als ein Beweis der Gnade und Stärke verkündigt, wenn auch jedermann sofort auffiel, dass die Gnade wenigstens auf einem Auge blind und die Stärke auf einem Arm lahm sein musste, denn von den Marxisten wurden 90 %, von den Nationalen 3.3 % begnadigt. Warum und weshalb, ergeben folgende Angaben der "Arbeiter-Zeitung":

Im Laufe des letzten Jahres haben sich Persönlichkeiten des sozialdemokratischen und demokratischen Auslandes zum Studium der Verhältnisse nach Oesterreich begeben, zunächst die Genossen Jeanne Vanderwelde und Louis de Brouckere aus Brüssel, dann die Herren Grenfell, Parker und Jones aus England. Am 18. Dezember veröffentlichte die Liga für Menschenrechte Ergebnisse dieser Untersuchungen, die u.a. besagen, dass der Strafvollzug in Oesterreich hinsichtlich der Hygiene und der Menschlichkeit unter dem Mindestniveau zurückbleibe, zu dessen Einhaltung sich Oesterreich im September 1934 gegenüber dem Völkerbund verpflichtet habe. Noch tiefer sei das Niveau in den Wiener Polizeikommissariaten und im Konzentrationslager Messendorf. Die Gefangenen seien der vollkommenen Willkür ausgeliefert, Brutalitätsakte kämen vor. Die Unabhängigkeit der Richter sei aufgehoben, weil sie von der Regierung aus politischen Gründen abgesetzt werden. Die Geschworenen seien durch Schöffen ersetzt, die lt. Gesetz nur aus dem Lager der Regierungshänger genommen werden dürfen, der politische Gefangene werde also von seinem politischen Gegner gerichtet. Die Gesetze schreiben Mindeststrafen von ungeheurer Höhe vor. Die Polizei haben das Recht, jeden beliebigen Menschen einzusperren und behalte Verächtliche ganze Jahre lang zurück, ehe der Fall vor die Gerichte komme. Nach Verbüßung der gerichtlichen Strafe stecke man sie dann noch in ein Konzentrationslager, sodass für dasselbe Vergehen nacheinander drei Strafen verhängt würden. Die Liga für Menschenrechte sei der Ansicht, dass solche Bestrafungen gleichzusetzen seien mit Bürgerkriegshandlungen und dass nur eine allgemeine Amnestie die Beunruhigung des demokratischen Europas mildern könne.

Ähnliche Feststellungen macht eine Kundgebung französischer Intellektueller an die österr. Regierung; die Kundgebung ist u.a. gezeichnet von dem ehemaligen Minister Pierre Cott, dem Vizepräsidenten der radikal-sozialistischen Partei Delbos, dem Vizepräsidenten des auswärtigen Kammerausschusses Longuet, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Steg usw. Diese Kundgebung bemerkt besonders, dass Gesinnungsdelikte in jedem Monat in Oesterreich mit 80 bis 100 Jahren Gefängnis bestraft würden, trotzdem solche in jedem anderen zivilisierten Lande straflos seien, und dass die ganzen Verhältnisse in schreiendem Widerspruch zu den Erklärungen Schuschniggs in Paris stünden.

Es ist nun bezeichnend, dass die österr. Regierung gegen diese "Einmischung in österr. Verhältnisse" von französischer, englischer und anderer internationaler Seite nicht nur keinerlei Protest erhoben hat, sondern sich ihr sofort fügte und die Weihnachtsamnestie für die Sozialdemokraten erliess. Dass man, um das Gesicht zu wahren, auch einige Nationalsozialisten freiließ ändert nichts an der Tatsache, dass hier mit zweierlei Mass gemessen wurde. Man wird angesichts solcher Tatsachen in Zukunft wissen, was von dem Einmischungskomplex der österr. Regierung zu halten ist. Eine Welt, welche die Solidarität zwischen Marxisten, Freimaurern und Liberalisten anerkennt, wird die Solidarität zwischen Menschen gleichen Blutes und gleichen Volkstums auch nicht bestreiten können.-

Rückkehr der Marxisten-Emigranten nach Oesterreich.- Die "Deutsche Tages-Zeitung", Karlsbad, meldet, dass im Jänner ds. J. zwischen den österr. Emigranten und Vertretern der offiziellen österr. Stellen geführt worden seien, um eine baldige Rückkehr der österr. emigrierten Marxisten zu ermöglichen. Es befinden sich etwa 4000 Emigranten in der Tschechei und rund 1500 in Russland. Die Initiative soll der österr. Generalkonsul Charles Seligmann ergriffen haben. In Prag soll Dr. Julius Deutsch mit dem österr. Gesandten

verhandelt worden sein, Deutsch und Otto Bauer werden als gemeinsame Unterhändler mit dem österr. Generalkonsul in Brünn Löw-Beer genannt. - Innerhalb der Emigranten sollen aber heftige Zwistigkeiten ausgebrochen sein, da eine Gruppe den engsten Anschluss an Sowjetrussland und die Verschmelzung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten betreibt und dabei an die Beschlüsse der 3. Internationale vom 9. 12. 35 anknüpft, nach welchen für die kommunistische Propaganda in Oesterreich eine Viertelmillion Goldrubel bewilligt worden sei. - Wir können uns nicht recht vorstellen, dass es noch Volksgenossen geben kann, die um einer längst als haltlos erwiesenen wirtschaftlichen Idee willen einen ~~Witwen~~ Bonzenklüngel Gefolgschaft leisten, dessen Namensaufzählung schon die Rassenzugehörigkeit zweifelsfrei beweist!

- - - - -

Oesterreichische Korruptionswirtschaft. - Die Unterdrückung der Pressefreiheit und die Beseitigung der parlamentarischen Kontrolle hat in Oesterreich weiter nichts bewirkt als einer grenzenlosen Korruption, die wahre Orgien feiert. Einer der Haupthelden dieser Erscheinung ist Handelsminister Stockinger. Er ist Firmainhaber, sein Kompagnon heisst Gruber. Dieser steht an der Spitze eines Einfuhrkonsortiums für Reis, dem Stockinger als Handelsminister eine Monopolstellung eingeräumt hat. Im Wege über dieses Konsortium zieht Stockinger zusammen mit Gruber die fettesten Profite. Landwirtschaftsminister Strobel, der vor nicht langer Zeit noch vollkommen vermögenslos war, hat sich in Mauer bei Wien eine Villa für 80.000 S gekauft. Ein Neffe des Salzburger Bischofs Dr. Waitz ist in der Wiener ~~Arbeiterkammer~~ Arbeiterkammer angestellt worden, trotzdem kein Personalbedarf vorlag. Für den Sohn des Bundespräsidenten Miklas ist ein eigenes Ressort bei der Wiener Polizei geschaffen worden. Der bekannte Mandel von der Hirtenberger Patronenfabrik hat für sich und seinen Freund Starhemberg in Baden bei Wien je eine Villa gekauft. - Und so geht das fort, indes das Volk hungert und darbt.-

- - - - -

Ersparungsmassregeln und Gottes Segen. - Der Wiener Erzbischof Dr. Innitzer hat an die Krankenschwestern der Fondskrankenanstalten einen Aufruf gerichtet, in welchem er die Schwestern bittet, den Einsparungen an den Fondskrankenanstalten volles Verständnis entgegenzubringen. "Gottes Segen und die ewige Seligkeit werden euch für die bitteren Entbehrungen entschädigen, welche Euch der christliche Staat auferlegen muss, wenn er seine Herrschaft über das unbotmässige Volk aufrechterhalten will." -

- - - - -

Geständnisse eines Polizeifunktionärs. - Der Obmann der Polizei- und Kriminalbeamtenvereinigung Oesterreich Bez. Insp. Rauch erklärte vor einigen Tagen in Innsbruck, dass Oesterreich seine Stellung als sanktionsverweigernder Staat leider sehr zu spüren bekommen habe. Es wurden uns sofort die Kredite gekündigt und die Nationalbank musste 60 Millionen S Gold oder Golddevisen augenblicklich flüssig machen, was eine Verminderung der Golddeckung von 34 auf 23 v.H. zur Folge hatte. Auf die Vorhalte, dass die Beamtenehälterkürzung ohne Beratung mit den Beamtenvertretung einfach dekretiert worden sei, erklärte Rauch, dass sie wohl von der Regierung empfangen worden seien, dass diese aber erklärt habe, sie habe sich in einer Zwangslage befunden und nicht anders handeln können. - Bei der gleichen Versammlung wurden auch die sog. Vertrauensleute gewählt. Für den Vorschlag stimmten von 85 anwesenden Wachebeamten nur 17 Mann, die übrigen enthielten sich der Stimme.

- - - - -

Offener Kampf zwischen Heimwehr und Gewerkschaft in Oberösterreich. - Wie die in der Öffentlichkeit soviel gepriesene Einigkeit aussieht, enthüllt wohl am besten der nachstehende Bericht: Die schon seit langem bestehende Spannung zwischen den Heimwehren und dem o.ö. Gewerkschaftsbunde ist in der letzten Zeit zum offenen Konflikt ausgeartet. Nachdem in der Werkgenossenschaft der Autofabrik in Steyr grosse Veruntreuungen von Arbeitergroschen durch HW-Funktionäre aufgedeckt wurden, hat der Gewerkschaftsbund die ganze Werkgenossenschaft aufgelöst und gegen die Beschuldigten die Strafanzeige erstattet. Sodann wurde eine neue Werkgenossenschaft ernannt, in welche jedoch nur ein

Mitglied und zwei Ersatzleute der Heimwehr berufen wurden. Natürlich brachte dies die Heimwehr in grosser Erregung und veranlasste den oberösterreich. Landesleiter des Heimatschutzes dazu, folgenden Tagesbefehl zu veröffentlichen: "Der offene Konflikt mit den Kutschakleuten im Gewerkschaftsbund, den wir schon lange befürchtet haben, ist nun in Oberösterreich ausgebrochen. Ich fordere alle Kameraden auf, in den schweren Tagen, die Herannahen, volle Ruhe und Disziplin zu halten, denn wir können nur durch unerschütterliche Einigkeit siegen." -

Soziale Gerechtigkeit. - Es vergeht kaum eine vaterländische Versammlung oder Sitzung, in der nicht irgendwie von sozialem Verständnis ~~und~~ und sozialem Aufbau die Rede ist. Starhemberg erklärte am 19. Jan. bei der Amtswahltagung "Es wird notwendig sein, auch dafür zu sorgen, dass in den Kreisen der Arbeitnehmer vaterländisch-volkswirtschaftliches Verantwortungsbewusstsein herrscht und in den Unternehmerkreisen soziales Verständnis und soziales Verantwortungsbewusstsein." - Wie sieht das nun in Wirklichkeit aus?

Wenn man nur die Fälle hernimmt, in denen der Staat selbst Arbeitgeber ist, so muss man staunen, wie wenig von dem so heftig geforderten sozialen Verständnis dieser Arbeitgeber selbst besitzt. Noch am 23. 10. 1935 feierte Schuschnigg bei der Einweihung der Bundesbeamtenkammer die Beamten als Stützen des Staates und sprach die tröstlichen Worte: "Die neue Regierung nimmt die feierlichen Versprechungen der früheren Regierungen auf, dass die Beamenschaft in keiner Weise Einschränkungen ihrer Rechte, seien sie materieller oder sonstiger Art, zu befürchten hat..." - Knapp sechs Wochen später wurden die öffentlichen Bediensteten durch den Budgetbericht überrascht, der von der Notwendigkeit von Ersparungen bei den öffentlichen Angestellten sprach..... - Wie wirkten sich nun die Ersparungen aus? Aus der langen Liste seien nur die unsozialsten Eingriffe hervorgehoben: Sperre der freien Beförderungen für 1936, Einschränkung der Neuaufnahmen, Ersparungen bei den Dienstkleidern, bei Beleuchtung und Beheizung, Einführung einer Dienstgebühr (-d.h. wer in eine höhere Gehaltsstufe vorrückt, muss die Hälfte des Mehrverdienstes an den Staat abgeben.-) Eigentümlich berührt es, dass die Heeresangehörigen und die Beamten der Polizei und Gendarmerie von diesen Massnahmen nicht betroffen wurden, weil man eben die Unzufriedenheit innerhalb der Wehrmacht und der Exekutive nicht noch weiter steigern wollte, denn in diesen Kategorien ist der Unmut wegen verschiedener anderer Kürzungen schon sehr gross. Durch Neubemessung der Wachzulagen entstanden Abzüge ~~von~~ bis zu 22 S monatlich; eine ungünstigere Dienstzeitverteilung wurde eingeführt; die Nachtzulagen der Kriminalbeamten, die in Wien bis zu 80 % des Monatsgehältes ausmachten, wurden einfach gestrichen. Bei der Zollwache wurde das Monturpauschale derart gekürzt, dass von einer Deckung der laufenden Ausgaben für die Dienstkleidung keine Rede mehr sein kann.-

Warum hat nun die Regierung gerade die öffentlichen Angestellten mit den Ersparungsmassnahmen so schwer hergenommen? Weil Vertreter anderer Stände - dies ist ein offenes Geheimnis, das von einem Funktionär der Bundesbeamtenkammer auch bestätigt wurde, - durch ihre grössere Machtfülle und stärkeren persönlichen Einfluss verstanden haben, die Ersparungslasten von sich abzuwälzen. Das sind also letzten Endes die Auswirkungen des christlichen Ständestaates, dass die Stände gegeneinander aufgehetzt werden, dass in massloser Protektionswirtschaft der wirtschaftlich Schwächere vom Stärkeren unterdrückt wird und ein Zerrbild einer Volksgemeinschaft entsteht, wie es im Dritten Reich undenkbar wäre. Die öffentlichen Bediensteten aller Kategorien können daraus nur die Folgerung ziehen, dass sie zwar zwangsmässig an der Staatsmaschine mitarbeiten, sich aber rein halten vom politischen Schmutz der Systemmänner. Was ein Kanzlerwort zu bedeuten hat, haben sie nun aus unmittelbarer Erfahrung kennen gelernt! -

Aus Starhembergs "sozialstem Staat". - Wie das hilflose Gestammel der Gewalthaber über die Besserstellung des Arbeiters zu bewerten ist, zeigt ein Bericht der Sekretärin Frau Rehor des Wiener Textilarbeiterverbandes. Diese führte

28

Right-Bottom Aligned

Über die Zustände in der Textilindustrie aus, dass der bezahlte Urlaub noch vielfach ein unbekannter Begriff ist und die Lohnverhältnisse meistens nicht vertraglich geregelt sind und daher sehr im Argen liegen. Am schlechtesten ist nach diesem Bericht die Wirkwarenbranche dran, in der seit vier Jahren ein vertragsloser Zustand herrscht. Weiters heisst es, dass die Hanf- und Juteindustrie ihren grossen Betrieb in Floridsdorf stillgelegt und die Fabrikeinrichtungen nach Ungarn und Jugoslawien transportiert hat, wo die Produktionsverhältnisse günstiger sind. Nur im christlichen Ständestaat werden solche Profitmethoden geduldet und in Form eines Berichtes zur Kenntnis genommen. Man findet kein Mittel, die Fabrik zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes zu zwingen und ~~es~~ zu verhindern, dass hunderte von Volksgenossen auf die Strasse gejagt werden.-

Ein vaterländischer Jude wird in den Mitteilungen der Gehilfenausschüsse im Textilgewerbe angeprangert. Präsident Paul Schwarz versucht nämlich in Wien einen gewaltigen Lohnraub zu organisieren. Dies geht sogar diesem Blatt über die Hutschnur und es schliesst bezeichnenderweise mit folgenden Worten: "Ein christliches Denken können wir von Ihnen nicht verlangen, zum mindesten aber ein anständiges Handeln. Eins noch zur bleibenden Erinnerung: Schauen Sie nach Deutschland und seien Sie froh, dass Sie das Glück haben, in Oesterreich zu sein." - Jawohl, der Herr Präsident kann von Glück reden, dass er sich in Oesterreich befindet, denn hier unter diesem reaktionären Regime kann er mit den Arbeitern umspringen und machen was er will. Im Dritten Reich könnte er schon längst im Konzentrationslager darüber nachdenken, wie man Arbeiter behandelt.

Centered

2. Ausfertigung

17001

101 (1001)
III/22 4833/36

An 1.

21. März 1936 7.

Betr.: Nachrichten aus Österreich: Mitteilungsblatt Nr. 46
Ausg. A. vom 24.2.36 der NSDAP Österreich.

Vorg.: Ohne.

In der Anlage wird das über den Vm Kiefersfelden hier
eingegangene Mitteilungsblatt Nr. 46, Ausg. A. vom 24.2.36
der NSDAP Österreich mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.

Anlage.

A b s c h r i f t :

3.4.36.

Graz: am Tag zuvor (29.3. oder 28.3.) wurden 150 Schutzkorpsleute entlassen. Weigerten sich Waffen abzugeben und Uniformen auszuziehen weil man ihnen das gegebene Versprechen, ihnen Arbeit zu verschaffen nicht einhielt. Als man gegen die Exekution einsetzte sangen sie - der grösste Teil - das Horst Wessel Lied, der kleinere die Internationale

Wien: Sondierungen, die ich da und dort vernahm, ergaben das man sich - Schuschnigg und Starhemberg - scharf bekämpft. Dachte mir, Frechheit hilft und ging zum Schwager Starhembergs Graf Thurn, Bundesf. des " Jung Vaterland". (Siehe letzten Bericht.). Einstündige hörensweite Aussprache.

Erfuhr folgendes (wörtlich gesagtes unter):

Vorige Woche fand bei St. in engem Kreise Besprechung statt. Die schwarzen drängen überall stark vor und wollen H.S. Frage an mich, " Haben Sie genügend Munition ?"

" Ehe wir das weiter mitmachen, gehen wir lieber mit den Nationalsoz. " worauf ich sagte, das diese Meinung in den Untergliederungen schon allgemein ist.

Centered

" Von Adam bis Kunschak ist alles Gesindel".

" Was redet man in Kärnten über die Schuschnigg Reise ? .

Ich sagte darauf, das man sie als Besuch betrachtet, dem H.S. eines aufs Dach zu geben wegen der Eberndorfer Revolte 27.10.35.

" Richtig aber nicht locker lassen."

Dann erzählte ich ihm, das nach Schuschniggreise der Beamte der Bezirks-hauptmannschaft, der den Sicherungsdienst zu organisieren hatte, in Disziplinaruntersuchung kommen sollte. Vor zk. 14.Tagen als mir die Meldung zukam . Grund: wegen des provakatorischen Auftretens des H.S. in Eberndorf am 2.3.36. Hülgerth fuhr selbst nach Völkermarkt zum Bh., als er aber erfuhr, das nur der Landesstatthalter (Thurn sagte dazwischen " dieser blöde Trottel"!) die Untersuchung verlangt, weil ihm ein H.S. Mann grob kam, als er unlegitimiert durch die Sperre wollte, sagte Hülgerth: Dann ist ja alles in Ordnung. Die Leute haben aber auf ihre Weise Dienst gemacht."

Ich frug wie lange das noch gehen wird. Th. sagte: " Schuschnigg weiss ja überhaupt nicht mehr aus und ein." Weiter teilte er mir mit, das der Niederösterr. Landeskomm. befohlen hat, das bis zum 10.4. von dem Stahlhelm der O.S.S. die Abzeichen abzunehmen sind ("P") . Kostet 4 000.- S. Er hat schwerste Auseinandersetzungen mit Schuschnigg gehabt und hat erklärt: " Ich habe die O.S.S. in Niederösterr. aufgebaut

aufgebaut und jetzt zerschlage ich sie wieder."

Th. Der Mann ist zwar ein Fallott, aber gut zu gebrauchen."

Nun liegen die Sachen vorläufig aber so, das in Kärnten Huyn, der jeden Exzess, den der H.S. im Unterlande macht, deckt, als Stabschef für die Landesmilizführung vom Bundesheer den Oberstlt. Powaletz bekommen hat, der als ganz schwarz gilt. Die Stimmung im Bundesheer, Offiziere meiner Altersschicht, ist geladen, Ein Major dem ich es nicht zugetraut hätte, sagte mir, er beneidet jeden Reichswehroffitier.

Im Niederösterr. H.S. gleiche Luft, wie bei uns. Ein Baresführer, den ich zufällig kennen lernte, sagte mir: " Wenn nur die Nazi jetzt die Zeichen der Zeit richtig verstehen würden !"

Meine Meinung:

Nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Kluft zwischen H.S. und V.F. immer weiter aufreisen, bis H.S. losgehen muss, oder sich in Wohlgefallen auflöst. Dann muss aber binnen Tagen der Wirbel da sein.

Stimmung in Wien ausserordentlich gedrückt. Das ist auch mein Haupteindruck bei St. gewesen.

Ich fürchte nur, das es zu lokalen Wirbeln kommt, die leicht niederzuhalten sind. Centered

Notwendig ist sehr rasch vorgetriebene Verbindung der Leute in der Miliz untereinander, latente Kräfte sind genügend da.

R. F. 44

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Uebermittlung

Eingangsstelle
am 11.5.36 um 11.45

| Aufgenommen | | | | Befördert | | | | Raum für Eingangsstempel | |
|--|-------|------|------|-----------|-------|------|------|--------------------------|-------------|
| Tag | Monat | Jahr | Zeit | Tag | Monat | Jahr | Zeit | | |
| 11. | 5. | 1936 | | | | | | 1624 | SS-Hauptamt |
| an | | | | durch | | | | 27.3.31 | 18.5.1936 |
| Verzögerungsvermerk | | | | | | | | III 224/1 | 18.5.36 |
| Nr. 11551 | | | | | | | | III 1 | 1683 |
| Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch | | | | | | | | III 1 | 1683 |

SD BRESLAU 1775 18.5.36. 1145 =====

AN DAS SICHERHEITS-HAUPTAMT

ABT. A. Z. HD. SS-STANDARTENFUEHRER J O S T , = BERLIN +

BETRIFFT: L A G E B E R I C H T AUS OESTERREICH. WIEN .
DEN 16.5.36. =====

DIE REGIERUNGUMBILDUNG, DIE WIE BEREITS GEMELDET, IN ALLER EILENDE DURCHGEFUEHRT WORDEN IST, STOEST BEREITS AUF WIDERSTAND DER KRAEFTE, DIE SICH GEWEIGERT HABEN, IN DIE REGIERUNG EINZUTRETEN. UND ZWAR VOR ALLEM AUF DEN WIDERSTAND VON REITER, DER BEKANNTLICH DIE REGIERUNGUMBILDUNG VERLANGHT, UND DEM MAN AUCH HEUTE NOCH DEN POSTEN DES WIRTSCHAFTSMINISTERS OFFENHAELT. REITERS KRITIKEN RICHTEN SICH VOR ALLEM GEGEN DIE TATSACHE, DASS NICHT ALLE HEIMWEHR-MINISTER ENTFERNT WORDEN SIND. DEN GLEICHEN STANDPUNKT NIMMT STAATSRAT KUNTSCHACK EIN, DEN MAN GERN ZUM SOZIALEN MINISTER MACHEN WILL, WEIL ER ANHANG UNTER DER ARBEITERSCHAFT HAT. ICH WEISS, DASS KUNTSCHACK EBENSO BESTIMMT WIE UNHOFELICH ABGELEHNT HAT. === HEUTE KONNTE ICH DIE STIMMUNG DER POLIZEI ERKUNDEN. DIESE IST ERBOST UEBER DIE IMMER MEHR EINREISSENDE PFAFFENWIRTSCHAFT, DESGLEICHEN UEBER DIE OFFIZIELLE UEBERTRAGUNG DES TRIUMPFES

MUSSOLINIS AUS ROM VOM VERGANGENE SONNABEND. DIE UEBERTRAGUNG WURDE ALS GEMEINSCHAFTSEMPFANG DURCHGEFUEHRT UND MUSSTE VON ALLEN POLIZISTEN UND ANGEHOERIGEN DES BUNDESHEERES MITANGEHOERT WERDEN. BESONDERS SCHLECHT UNTER POLIZISTEN UND BUNDESHEER SCHEINT DIE STIMMUNG IN OBEROESTERREICH ZU SEIN. DIE REGIERUNG TRIFFT WEITER UMFASSENDE SICHERUNGSMASSNAHMEN. DONNERSTAG. DEN 14.5.36. HABE ICH SELBST DAS EINRUECKEN DER BRUCKER-GARNISON IN WIEN GEGEHEN. 12 AUTOS MIT JE 3 MASCHINGEGWEHREN UND 20 AUTOS MIT JE 24 MANN. DIE MASCHINGEGWEHRWAGEN HATTEN JE 12 MANN BESATZUNG. MILITAER, POLIZEI SOWIE GENDARMERIE IST IN STAENDIGER, STRENGER BEREITSCHAFT. === KARDINAL I N N I T Z E R ENTWICKELT STARKE AKTIVITAET GEGEN DIE NAZIS. HAT VOR EINEM KREIS HOEHERER PERSOENLICHKEITEN EINEM MINISTER ERKLAERT, DIE KOMMUNISTEN WAEREN IHM LIEBER ALS DIE BRAUNEN. === DIE VERWORRENE STIMMUNG NICHT NUR IM VOLK, SONDERN AUCH BEI DEN FUEHRENDEN MAENNERN. WIRD VON DEN LEGITIMISTEN SEHR STARK BENUTZT. DIE EIHE BALDIGE RUECKKEHR OTTOS JETZT MIT ALLER MACHT BETREIBEN. ===== DIE STARKE BESETZUNG VON WIEN SCHEINT DARAUF ZU DEUTEN. DASS MAN BESONDERS IN WIEN EINE SCHNELLE ENTWAFFNUNG DER HEIMWEHR DURCHZUFUEHREN BEABSICHTIGT. ENTSCHEIDUNGEN AUS DEM LAGER S T A R H E M B E R G DUERFTEN ERST NACH DESSEN RUECKKEHR VON ROM ZU ERWARTEN SEIN. WEITERER BERICHT FOLGT.

MUELLER SS-HAUPTSTURMFUEHRER.

Der Reichsführer-SS
 der Chef des Sicherheitshauptamtes

AZ: III 1 1623/36 Vb/Pra. ✓

Berlin, den 18. Mai 1936

III
 22. Mai

Vorgang! knuffen!

St B.

C vorlegen

An

Stbf. 4

mit der Bitte um Vorlage bei C.

20.5.36

Betr.: Lage in Oesterreich.

Die durchaus undurchsichtige Lage in Oesterreich erfährt durch 2 Berichte wichtige Beiträge, die mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt werden.

D.N.B. meldet aus London, dass Fürst Starhemberg Mussolini gegenüber behauptet habe, an seiner Niederlage seien die schwachen Finanzen der Heimwehr schuld. Mussolini habe aber Starhemberg als den obersten Führer der Heimwehr seine weitere verstärkte Unterstützung und Hilfe versprochen.

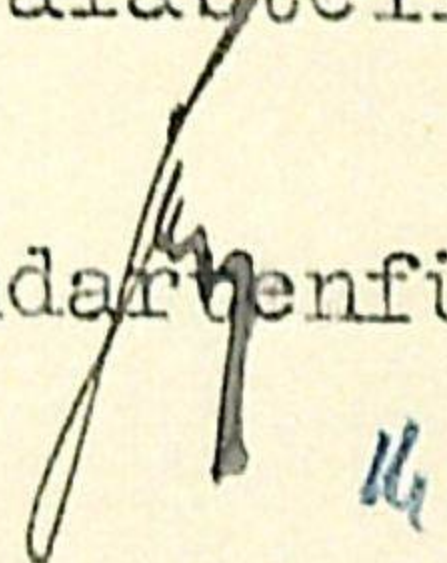
In unterrichteten Kreisen glaube man allgemein, dass Starhemberg bald auf der politischen Bühne wieder erscheinen und bedeutende politische Forderungen im Namen der Heimwehr stellen werde. Sollten seine Forderungen nicht erfüllt werden, so glaube man, dass er offen in die Opposition gehen werde und seine Heimwehrminister vom Kabinett zurückziehen werde. Starhemberg habe übrigens seinen "Armeebefehl" an seine Anhänger erlassen, weil berichtet wurde, dass seine Anhänger wegen seiner Absetzung in Unruhe geraten seien. Einige Heimwehrleute sollen zu einer Revolte unter ihren Führern bereit gewesen sein.

"Daily Herald" meldet aus Wien, die neue Schuschnigg-Regierung sei bereits in Gefahr. Niemand schein zufrieden zu sein, und niemand glaube, dass das neue Kabinett mehr als eine Übergangsregierung sein werde. Die Heimwehr treibe inzwischen einer Spaltung entgegen. Die Anhänger von Major Fey drängten erneut auf eine Aussöhnung mit den "gemäßigten Nazis" und einen "Waffenstillstand".

mit Deutschland. Die Nazis glaubten, dass es nur noch eine Zeitfrage sei, bis es zu einem offenen Bruch zwischen der Heimwehr und dem heimweh-feindlichen Regierungsteil kommen werde. Der Bundespräsident werde dann gezwungen sein, eine Regierung zu ernennen, die eine Aussöhnung zwischen den Nazis und der Heimwehr erstreben würde.

Der Chef der Zentralabteilung III 1

SS-Standardenführer.

Handwritten signature and initials in blue ink, appearing to be 'H. H.' with a flourish.

Centered

Berlin, den 18. Mai 1936

Vfg.

1.) Schreibe

An

Stbf.

mit der Bitte um Vorlage bei C.Betr.: Lage in Oesterreich.

III 223
 2. Kthl.
 18. MAI 1936
 M

Die durchaus undurchsichtige Lage in Oesterreich erfährt durch 2 Berichte wichtige Beiträge, die mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt werden.

D.N.B. meldet aus London, dass Fürst Starhemberg Mussolini gegenüber behauptet habe, an seiner Niederlage seien die schwachen Finanzen der Heimwehr schuld. Mussolini habe aber Starhemberg als den obersten Führer der Heimwehr seine weitere verstärkte Unterstützung und Hilfe versprochen:

In unterrichteten Kreisen glaube man allgemein, dass Starhemberg bald auf der politischen Bühne wieder erscheinen und bedeutende politische Forderungen im Namen der Heimwehr stellen werde. Sollten seine Forderungen nicht erfüllt werden, so glaube man, dass er offen in die Opposition gehen werde und seine Heimwehrminister vom Kabinett zurückziehen werde. Starhemberg habe übrigens seinen "Armeebefehl" an seine Anhänger erlassen, weil berichtet wurde, dass seine Anhänger wegen seiner Absetzung in Unruhe geraten seien. Einige Heimwehrleute sollen zu einer Revolte unter ihren Führern bereit gewesen sein.

"Daily Herald" meldet aus Wien, die neue Schuschnigg-Regierung sei bereits in Gefahr. Niemand schein zufrieden zu sein, und niemand glaube, dass das neue Kabinett mehr als eine Übergangsregierung sein werde. Die Heimwehr treibe inzwischen einer Spaltung entgegen. Die Anhänger von Major Fey drängten erneut auf eine Aussöhnung mit den "gemässigten Nazis" und einen "Waffenstillstand"

mit Deutschland. Die Nazis glaubten, dass es nur noch eine Zeitfrage sei, bis es zu einem offenen Bruch zwischen der Heimwehr und dem heimwehfeindlichen Regierungsteil kommen werde. Der Bundespräsident werde dann gezwungen sein, eine Regierung zu ernennen, die eine Aussöhnung zwischen den Nazis und der Heimwehr erstreben würde.

Der Chef der Zentralabteilung III 1

SS-Standartenführer.

- 2.) III 2 ^{22. MA 1935} zur Kenntnis III 224 20. 5. 36
- 3.) III 1 Wiedervorlage 1726
- 4.) Z.d.A. III 1

III 1

Centered
III 11
18. Mai

R. F. 44

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

| | | |
|--|---|--|
| <p style="text-align: center;">Aufgenommen</p> <p>Tag Monat Jahr Zeit</p> <p>25. 5. 36</p> <p>von Bs/R. durch</p> | <p style="text-align: center;">Befördert</p> <p>Tag Monat Jahr Zeit</p> <p>an durch</p> | <p style="text-align: center;">Raum für Eingangsstempel</p> <div style="text-align: right; margin-top: 20px;"> <p style="color: red; font-weight: bold;">Aufgegeben am 25. Mai 1936</p> <p>09 Uhr 19 durch <i>[Signature]</i></p> </div> |
| <p style="text-align: center;">Verzögerungsvermerk</p> | | |
| <p>Nr. <u>14440</u></p> | | |
| <p>Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch</p> | | |

An den
 SD-Oberabschnitt Süd
 z. Hd. des SS-Obersturmführer Maas

M ü n c h e n .

Centered

Es wird ersucht, sofort ~~durch Fernschreiben~~ nach hier zu berichten, was dort über die derzeitigen Vorgänge in Österreich bekannt geworden ist bzw. in Erfahrung gebracht werden kann.

Der Chef des Sicherheitshauptamtes
 i.A.
 Der Leiter der Zentralabteilung III 2
 i.V.

[Signature]

SS-Hauptsturmführer.

S.

III/22-2-1 VA.: 1978.

1936 ✓

| | | | | |
|-------------|-----|-------|-------------|-------------------------------------|
| SD-Hauptamt | | 20603 | 28 MAI 1936 | 206-3-1882. M 1 29. 5. 36. H. |
| M/224 | | | | |
| M/27 | Jun | | | M 131 Gen. |
| | | | | |

An 1. *lt*

26. Mai 1936 1a

Betr.: Bericht über die derzeitige Lage in Österreich.

Vorg.: Dort FS 14770 vom 25. Mai 1936, hier FS 2910 vom 26. Mai 1936.

bes. gef. H. G.

Centered

Über die durch die Regierungsumbildung neu geschaffene Lage in Österreich konnte folgendes festgestellt werden:

Die Umbildung der Regierung hat in den weitesten Kreisen des Heimatschutzes, so auch in der Bundesführung wie eine Bombe eingeschlagen. Wie aus der Bundesführung und aus der Landesführung des niederösterreichischen Heimatschutzes berichtet wird, hat Starhemberg in der Ministerratssitzung in präziser Form die Abtretung des Landesverteidigungsministeriums an seine Person verlangt. Dieser Forderung ist aber in entscheidener Weise Bundeskanzler Schuschnigg entgegengetreten. Wie gerüchtweise verlautet, soll Schuschnigg Starhemberg durch seine Kompromittierung in der Phönix-Affaire endlich gezwungen haben, kampflos das Feld zu räumen. Tatsache ist aber - und

1. Doppel entnommen
Sauptkangiel

das wird auch von der Bundesführung des Heimatschutzes bestätigt - daß es wegen des Landesverteidigungsministeriums zum Krach kam.

Der Eindruck in den Reihen der Unterführer ist vernichtend. Man hatte gerade mit Rücksicht auf die Horner Rede des Bundesführers gerechnet, daß er sich daran machen werde, die Macht im Staate zu ergreifen. Dies sollte über den Umweg des Landesverteidigungsministeriums geschehen und man war fest überzeugt, daß er den Ministerrat, mit diesem Posten bekleidet, verlassen werde. Mit weiterer Hilfe der Italiener hoffte man dann, Starhemberg als Diktator in Österreich durchsetzen zu können. Der Sturz des Fürsten ist umso vernichtender, als man gerade jetzt hoffte, Schuschnigg zum Nachge^{Centered}geben zu bringen. Weiter wird als schwerer Schlag gegen den Heimatschutz das Ausscheiden Berger-Waldeneggs und Znidarics empfunden. Baar gilt wohl als Anhänger des Fürsten, ist aber nach Ansicht vieler ein sog. Kleber und will sich mit allen Mitteln den Ministerposten erhalten. Draxler ist nach genauen Informationen der HW-Bundesführung derzeit mit Starhemberg verfeindet und soll schon einige Zeit nichts mit ihm gesprochen haben. Daher ist auf diesen Minister für den Heimatschutz nicht zu rechnen.

Nach Berichten von Augenzeugen hat Starhemberg den Ministerrat sehr niedergeschlagen verlassen, da er selbst es nicht für möglich hielt, daß man ihn fallen lassen könne. Sehr deprimiert ist auch Minister Baar. Der einzige, der die Lage für Starhemberg gut sieht, ist Staatsrat Seeger. Dieser sagte, daß nun der Weg für den Bundesführer offen

stehe und er sich mit ganzer Wucht auf die Neuorganisation der Miliz und des Hasch werfen könne und dann offen gegen die Regierung sich stellen könne. Nähere Weisungen über das weitere Verhalten des Heimatschutzes wurden von der Bundesführung bis jetzt nicht gegeben. Ein Teil der Unterführer hofft auf Putsch, dieser wäre aber nach der Meinung des anderen Teiles heller Wahnsinn, da man der bewaffneten Macht doch nicht standhalten könne. Aus der Umgebung Baar's wird gemeldet, daß dieser erklärt habe, die jetzige Lage sei unhaltbar und dränge zu einer Explosion.

Enttäuscht ist ~~am~~ allgemein über Italien, da man auf dieses die größten Hoffnungen setzte.

Am meisten und stärksten trifft aber den Heimatschutz der Prestigeverlust in den Ländern. Man rechnet in der Bundesführung mit einem Abwandern eines großen Teiles der Heimatschutzleute zu den Nationalsozialisten. Allgemein herrscht die Meinung, daß Deutschland bei einem Einmarsch auf gar keinen Widerstand stoßen wird und daß Italien die einmal gegebene Lage ruhig hinnehmen wird. Die Stimmung war so, daß einige führende Persönlichkeiten des Heimatschutzes sich in einer Sitzung in ihrer ersten Erregung offen für eine Besitznahme durch Deutschland aussprachen.

Die Schuld an dem Versagen der Politik Starhembergs schreibt man besonders seiner aristokratischen Umgebung zu, die in politischer Hinsicht nicht den geringsten Weitblick besaß und sich nur für die Restauration interessierte. Starhemberg hat die bewährten, alten Führer schon seit Monaten nicht gesehen und sich nur von Windischgrätz und

Genossen führen lassen. Auch der Einfluß seiner Mutter soll daran schuld sein.

Jedenfalls ist man allgemein der Ansicht, daß dieses Kabinett dem Brünings gleiche.

Der Heimatschutz, der bekanntlich auf Wunsch der Christlichsozialen stillschweigend entwaffnet werden soll, besitzt die Waffen noch zur Gänze. Entwaffnet wurde lediglich das Wiener Schutzkorps. Die österreichische Gendarmerie, die bisher angewiesen war, bei den staatlichen Funkstationen auch die HW-Funkbefehle durchzugeben, hat von dieser Einführung gelassen. HW-Funkbefehle werden also auf staatlichen Funkstationen nicht mehr durchgegeben.

Im übrigen kann festgestellt werden, daß die Kaltstellung Starhembergs in fast allen Kreisen der Bevölkerung begrüßt wurde und man sieht darin nicht nur eine Schwächung der Regierung, sondern das baldige Ende dieses Systems überhaupt. Dazu hat der Phönix-Skandal, dessen restlose Klärung noch heute nicht nur von oppositionellen Seite, sondern auch besonders von den Christlichsozialen verlangt wird, nicht dazu beigetragen, der neuen Regierung jenes Vertrauen entgegen zu bringen, das sie erwartet.

2. Ausfertigung

S.

III/22-2-1 VA.: 1978.

29693

An 1.

26. Mai 1936 1a

Betr.: Bericht über die derzeitige Lage in Österreich.Vorg.: Dort FS 14770 vom 25. Mai 1936,
hier FS 2910 vom 26. Mai 1936.

Centered

Über die durch die Regierungsumbildung neu geschaffene Lage in Österreich konnte folgendes festgestellt werden:

Die Umbildung der Regierung hat in den weitesten Kreisen des Heimatschutzes, so auch in der Bundesführung wie eine Bombe eingeschlagen. Wie aus der Bundesführung und aus der Landesführung des niederösterreichischen Heimatschutzes berichtet wird, hat Starhemberg in der Ministerratssitzung in präziser Form die Abtretung des Landesverteidigungsministeriums an seine Person verlangt. Dieser Forderung ist aber in entscheidener Weise Bundeskanzler Schuschnigg entgegengetreten. Wie gerüchtweise verlautet, soll Schuschnigg Starhemberg durch seine Kompromittierung in der Phönix-Affaire endlich gezwungen haben, kampflos das Feld zu räumen. Tatsache ist aber - und

das wird auch von der Bundesführung des Heimatschutzes bestätigt - daß es wegen des Landesverteidigungsministeriums zum Krach kam.

Der Eindruck in den Reihen der Unterführer ist vernichtend. Man hatte gerade mit Rücksicht auf die Horner Rede des Bundesführers gerechnet, daß er sich daran machen werde, die Macht im Staate zu ergreifen. Dies sollte über den Umweg des Landesverteidigungsministeriums geschehen und man war fest überzeugt, daß er den Ministerrat, mit diesem Posten bekleidet, verlassen werde. Mit weiterer Hilfe der Italiener hoffte man dann, Starhemberg als Diktator in Österreich durchsetzen zu können. Der Sturz des Fürsten ist umso vernichtender, als man gerade jetzt hoffte, Schuschnigg zum Nachgehen zu bringen. Weiter wird als schwerer Schlag gegen den Heimatschutz das Ausscheiden Berger-Waldeneggs und Znidarics empfunden. Baar gilt wohl als Anhänger des Fürsten, ist aber nach Ansicht vieler ein sog. Kleber und will sich mit allen Mitteln den Ministerposten erhalten. Draxler ist nach genauen Informationen der HW-Bundesführung derzeit mit Starhemberg verfeindet und soll schon einige Zeit nichts mit ihm gesprochen haben. Daher ist auf diesen Minister für den Heimatschutz nicht zu rechnen.

Nach Berichten von Augenzeugen hat Starhemberg den Ministerrat sehr niedergeschlagen verlassen, da er selbst es nicht für möglich hielt, daß man ihn fallen lassen könne. Sehr deprimiert ist auch Minister Baar. Der einzige, der die Lage für Starhemberg gut sieht, ist Staatsrat Seeger. Dieser sagte, daß nun der Weg für den Bundesführer offen

stehe und er sich mit ganzer Wucht auf die Neuorganisation der Miliz und des Hasch werfen könne und dann offen gegen die Regierung sich stellen könne. Nähere Weisungen über das weitere Verhalten des Heimatschutzes wurden von der Bundesführung bis jetzt nicht gegeben. Ein Teil der Unterführer hofft auf Putsch, dieser wäre aber nach der Meinung des anderen Teiles heller Wahnsinn, da man der bewaffneten Macht doch nicht standhalten könne. Aus der Umgebung Baar's wird gemeldet, daß dieser erklärt habe, die jetzige Lage sei unhaltbar und dränge zu einer Explosion.

Enttäuscht ist amn allgemein über Italien, da man auf dieses die größten Hoffnungen setzte.

Am meisten und stärksten trifft aber den Heimatschutz der Prestigeverlust in den Ländern. Man rechnet in der Bundesführung mit einem Abwandern eines großen Teiles der Heimatschutzleute zu den Nationalsozialisten. Allgemein herrscht die Meinung, daß Deutschland bei einem Einmarsch auf gar keinen Widerstand stoßen wird und daß Italien die einmal gegebene Lage ruhig hinnehmen wird. Die Stimmung war so, daß einige führende Persönlichkeiten des Heimatschutzes sich in einer Sitzung in ihrer ersten Erregung offen für eine Besitznahme durch Deutschland aussprachen.

Die Schuld an dem Versagen der Politik Starhembergs schreibt man besonders seiner aristokratischen Umgebung zu, die in politischer Hinsicht nicht den geringsten Weitblick besaß und sich nur für die Restauration interessierte. Starhemberg hat die bewährten, alten Führer schon seit Monaten nicht gesehen und sich nur von Windischgrätz und

Genossen führen lassen. Auch der Einfluß seiner Mutter soll daran schuld sein.

Jedenfalls ist man allgemein der Ansicht, daß dieses Kabinett dem Brüning's gleiche.

Der Heimatschutz, der bekanntlich auf Wunsch der Christlichsozialen stillschweigend entwaffnet werden soll, besitzt die Waffen noch zur Gänze. Entwaffnet wurde lediglich das Wiener Schutzkorps. Die österreichische Gendarmerie, die bisher angewiesen war, bei den staatlichen Funkstationen auch die HW-Funkbefehle durchzugeben, hat von dieser Einführung gelassen. HW-Funkbefehle werden also auf staatlichen Funkstationen nicht mehr durchgegeben.

Im übrigen kann festgestellt werden, daß die Kaltstellung Starhembergs in fast allen Kreisen der Bevölkerung begrüßt wurde und man sieht darin nicht nur eine Schwächung der Regierung, sondern das baldige Ende dieses Systems überhaupt. Dazu hat der Phönix-Skandal, dessen restlose Klärung noch heute nicht nur von oppositionellen Seite, sondern auch besonders von den Christlichsozialen verlangt wird, nicht dazu beigetragen, der neuen Regierung jenes Vertrauen entgegen zu bringen, das sie erwartet.

III 1 II 1

Preussische Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW 11, den 27. Mai 1936
Prinz-Albrecht-Strasse 8
Fernsprecher: R 2 Flora 0040

B.-Nr. 875/36 - II 1 C 3 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen
und Datum anzugeben.

Vertraulich!

An das

SD - Hauptamt

27. 15. Mai 1936
II 13 + II 102 8 R. W. J.
in Berlin

Betr.: Nachrichten aus Österreich.

Aus Wien ist auf vertraulichem Wege der nachstehende Bericht eingegangen, den ich zur dortigen Kenntnisnahme bringe.

Die antisemitische Strömung in Österreich hat auch in Regierungskreisen bereits weiten Boden gewonnen. Den antisemitischen Feldzug begann Staatsrat Kunschak, dem bald Pater Bichlmayer folgte und dem sich auch Bischof Hudal sowie Professor Dr. Cermak anschlossen. Zurzeit hat sich der antisemitische Kampf innerhalb der Regierungskreise wesentlich verschärft.

Kunschak, der Führer des Freiheitsbundes, ist dem Heimwehrflügel der Regierung angeblich wegen seiner zu betont antisemitischen Einstellung unangenehm geworden. Hinter dieser Begründung verbirgt sich jedoch im wesentlichen ein anderes: Der Freiheitsbund tritt für eine tragbare Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus ein und verhehlt durchaus nicht eine gewisse Sympathie für Deutschland. Der Freiheitsbund ist heute eine starke Arbeiterbewegung geworden, der sich unter den nationalen Kreisen wegen seiner antisemitischen, deutschfreundlichen Einstellung beliebt gemacht hat. Insbesondere wird an dem Freiheitsbund geschätzt, dass er bemüht ist, den politischen Einfluss der Heimwehrkreise abzuschwächen. Im selben Zusam-

MaK
MaK

menhang ist auch der Personenkreis um Dr. Kruckenhauser zu er-
 wähnen. Kruckenhauser ist Chefredakteur der österr. Presse, die
 erst unlängst wegen eines zu offenen Artikels beschlagnahmt
 worden war. Der Letztgenannte ist ebenfalls sehr antisemitisch
 und deutschfreundlich eingestellt und scharen sich um ihn haupt-
 sächlich führende Personen des Gewerkschaftsbundes. Im grossen
 und ganzen muss festgestellt werden, dass die Bewegung des Frei-
 heitsbundes und der Kreise um Kruckenhauser deshalb Beachtung
 verdient, weil sich , darin vereinigt, ein grosser Teil der
 Arbeiterschaft befindet und die insbesondere auf einen Kurs-
 wechsel zugunsten eines nationalen Regimes hinzusteuern scheint.

In ^{Centered}Auftrage :

gez.: H u b e r .



Beurlaubigt :

Blüth
 Kanzleiangestellte.

1893 ✓

| | | | |
|-------------|-------|--------------|-------|
| SD-Hauptamt | | Ant. | III 1 |
| 32329 | | 11 JUN. 1936 | |
| III 1 | III 1 | III 1 | |
| 11. Juni | 15/16 | 113 | |
| III 1139 | Gary | 157 | |

Blüth
 III 1139
 III 1139

15. Juni 1936

III 11/16
III 1931 Aug.
Legation

J e s u i t i s c h e V e r l o g e n h e i t

I.P.A. Die Korrespondenz "Geneva Press Service", Genf, veröffentlicht ein Interview ihres diplomatischen Redakteurs mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kurt v. Schuschnigg. Der heutige Diktator des "christlichen Ständestaates" erklärte, dass er das politische Vermächtnis Dr. Dollfuß übernommen habe, der "alle seine Bemühungen auf die wirtschaftliche und politische Regeneration Oesterreichs als eines für die Sicherung des europäischen Friedens und die Erhaltung europäischer Kultur bedeutungsvollen Faktors" konzentrierte. Die "wichtigste Aufgabe" sieht Schuschnigg in der "Besserung der Lebensbedingungen" des Volkes. "Durch strenge Sparsamkeit" sei es gelungen, den "Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen". Die "Innerpolitische Konsolidierung, die mit der beschleunigten Durchführung der Reform der österreichischen Verfassung wesentliche Fortschritte gemacht" habe, seien von nicht zu "unterschätzender Bedeutung". Schuschnigg wies auf die Wahlen in Vorarlberg hin, die bei "vollkommener Freiheit den Beweis erbracht" haben, "dass die Bevölkerung für das Prinzip der ständischen Umgestaltung und möglichst unmittelbarer Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung volles Verständnis" besitze. Die "Vaterländische Front" bezeichnet der Chef der illegalen österreichischen Regierung "als tragfähige Grundlage für die Zusammenarbeit" des Volkes. Sie sei, behauptet der Kanzler, "der Sammelpunkt aller, die in der Erhaltung eines freien und unabhängigen Oesterreich nicht nur ein Erfordernis nationaler Politik, sondern auch eine Forderung der europäischen Erneuerung erkennen und deshalb zum österreichischen Staat und seiner geschichtlichen Mission. Die Sammlung aller positiven, staatsbejahenden Kräfte im Rahmen einer überparteilichen Idee entspricht dem Lebenswillen unseres Volkes". "Die fortschreitende Konsolidierung" der innerpolitischen Verhältnisse sei naturgemäss für die gesamteuropäische Entwicklung von Interesse. Um die österreichische "Jugend nicht nur körperlich zu ertüchtigen, sondern um sie durch den allgemeinen Dienst an der Volksgemeinschaft auch geistig zu disziplinieren", habe er die allgemeine Bundesdienstpflicht eingeführt. Es sei dies auch notwendig für die "Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs". Die Vereinbarungen mit Italien und Ungarn seien gegen keinen andern Staat gerichtet. Sie "sind eine mögliche Grundlage für mitteleuropäische Politik".

*

Das Interview stellt eine Gipfelleistung jesuitischer Verlogenheit dar. Seit Jahren wird die Weltöffentlichkeit bewusst vom Wiener Ballhausplatz irre geführt. Der Standpunkt des amtlichen Wien ist vollständig unrichtig. Die Lebensverhältnisse des österreichischen Volkes verschlechtern sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell immer mehr. Trotz den amtlichen Ziffern über die sinkende Arbeitslosigkeit steigt das Heer der Arbeitslosen. Lediglich die Zahl der unterstützten Arbeitslosen fällt, weil der christliche Staat die flüssigen Geldmittel für seine Politik benötigt. Die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes nagt am Hungertuch. Das ist die nackte Wahrheit. Kulturell wird auf die Bevölkerung ein Druck ausgeübt, der an die Zeiten der Gegenreformation erinnert. Wer nicht so denkt, wie es die Machthaber wollen, ist dem Hungertode ausgeliefert, denn selbst die Ausübung der christlichen Nächstenliebe steht unter Strafsanktion.

Unter diesen Umständen von einer "Konsolidierung" zu sprechen, ist nur neuösterreichischen Staatsmännern vorbehalten. In Oesterreich ist alles illegal: Die Regierung ist illegal und für diese wiederum die Opposition. Und diese Opposition ist nun fast das ganze österreichische Volk. Dieses Volk wird solange in Opposition verharren, als das klerikale Regime diktiert. Der Hinweis auf die "Vorarlberger Wahlen" ist überaus naiv. Das waren Wahlen innerhalb der "Vaterländischen Front", Schwindelwahlen, wie die ganze sozialdemokratische Presse der Welt feststellte. Die Freunde losten sich die Sessel aus, weiter nichts. Irgend ein Volkswille kam nicht zum Ausdruck. Es gehört ferner geradezu Verwegenheit dazu, die Behauptung aufzustellen, die "Vaterländische Front" habe alle positiven Kräfte des Volkes gesammelt. Jedes Kind weiss, dass es sich um eine Zwangsorganisation handelt. Die überwiegende Mehrheit der "Vaterländischen Front" steht zum Regime in Opposition, will vom christlichen Ständestaat nichts wissen und kann deshalb nicht als Grundlage konsolidierter Aufbauarbeit dienen. Schliesslich wirkt es bald lächerlich, immer wieder auf die Unabhängigkeit Oesterreichs zu pochen, wo sich doch die ganze Welt darüber einig ist, dass Oesterreich ein italienischer Vasallenstaat ist, für dessen finanzielle Sanierung der Völkerbund Millionen flüssig machte und der dafür von seinem Finanzberater in Wien laufend gefälschte Gebahrungsziffern vorgelegt bekommt. Der Phönix-Skandal hat übrigens klar genug gezeigt, wie es in Wirklichkeit um diesen katholischen Staat Oesterreich steht.

*

Es ist auffallend, dass Bundeskanzler Schuschnigg in seinem Interview die Restorationsfrage nicht erwähnt. Das Pariser Blatt "Oeuvre" meldete vor einigen Tagen, Schuschnigg habe in einem Geheimzirkular an seine ausländischen Agenten darauf hingewiesen, "99 Prozent der österreichischen Bevölkerung" seien "monarchistisch gesinnt". Im Falle einer Restauration könne er die öffentliche Ruhe und Ordnung vollkommen wahren. Verlässlichen Meldungen aus Wien zufolge, macht Bundeskanzler Schuschnigg eine schwere Nervenkrise durch. Der Kanzler scheint kopflos zu werden, denn sonst könnte er nicht die Opposition mit den monarchistischen Kulissenschiebern verwechseln. Mit Ausnahme der Juden, dem Adel und einem Teil des Klerus verlangt in Oesterreich niemand nach den Habsburgern, die im Weltkrieg Land und Volk verraten haben. Otto Habsburg hat dieser Tage erklärt, er sei "überzeugt davon, dass die Restauration die Misstimmungen zwischen verschiedenen Teilen der österreichischen Bevölkerung unterdrücken und die Unabhängigkeit Oesterreichs garantieren würde". Der junge Mann in Belgien hat auch bereits eine "ernste Siebung" unter gewissen "prominenten Männern Oesterreichs" angekündigt. Schliesslich ist der älteste Sohn der grossen Intrigantion Zita überzeugt, dass "die untern Bevölkerungsschichten Oesterreichs treu" zu ihm halten. Er will besonders auf die "österreichische Jugend" zählen. Herr Otto Habsburg ist nicht, wie das Wiener "Neuigkeits-Weltblatt" vorgibt, über die Verhältnisse "ausserordentlich gut informiert". Gerade die österreichische Jugend ist gegen Otto Habsburg und gegen seine Anhänger. Sie wird sich weder durch die "Vaterländische Front" noch durch die "Bundesdienstpflicht" monarchistisch machen lassen. Die Jugend lehnt die klerikale Politik ab, die heute Oesterreich beherrscht. Und wenn im Wege dieser Politik den Habsburgern der Weg an die Donau geebnet werden sollte, wird diese Jugend Mittel und Wege finden, die "Grundlagen für die mitteleuropäische Politik", wie sie Schuschnigg als treuer Sohn der römischen Kirche sieht, radikal zerstören. So wie die Diktaturen von Dollfuss bis Schuschnigg nur Episoden waren und sind, so wird auch Habsburg höchstens eine kurze Episode werden.

Sicherheitsdienst
 des
Reichsführers-SS.
 SS-Oberabschnitt Südost
 B. Nr. III/1 PA 14 012

25. Juni 1936

Geheim

2141 ✓

| | | | |
|-------------|---------------|---------------|---------------|
| SS-Hauptamt | 21. Juni 1936 | 21. Juni 1936 | 21. Juni 1936 |
| 35782 | 20. Juni 1936 | 20. Juni 1936 | 20. Juni 1936 |
| III 1. | III 2244/1 | III 1. | III 1. |
| 29. Juni | — | — | — |
| III 131 | Lucy | — | — |

An das
 Sicherheits-Hauptamt,
 Abwehramt,
B e r l i n.

Handwritten signature

Betrifft: Allgemeine Lage in Österreich.
Vorgang: Ohne.

Geheim!

An dem Appell der Vaterländischen Front, der am Dienstag, den 9.6. stattfand, haben sämtliche Heimwehr-Kommandanten einschliesslich der Heimwehrminister nicht teilgenommen. Der Appell verlief sehr still. Die Amtswalter ^{Centered} mussten die Versammelten, insbesondere Staats-, Post- Eisenbahn- sowie Gemeindebeamten, immer wieder zum Beifall aufrufen, jedoch kam derselbe nicht. Sogar im Mikorphon hörte man die Stimmen der Amtswalter applaudieren.

Die Heimwehr sucht insbesondere in Oberösterreich und Steiermark Anschluss an die Nationalsozialisten. Die Schwarzen dagegen suchen Anschluss nach links. So hat man in Graz den früheren roten Vizebürgermeister, der im Februar 1934 einen Polizei-Kommissar erschossen hat, und dann später amnestiert wurde, in eine einflussreiche Stellung in der Vaterländischen Front mit 480 Schilling Monatsgehalt gesetzt.

Die Beteiligung am Fronleichnamsumzug in Wien war ausserordentlich gering. Statt des üblichen Spaliers von Tausenden, sah man nur einige Hunderte von Neugierigen, die am Gragen und Kohlmarkt nur 2 Reihen tief standen.

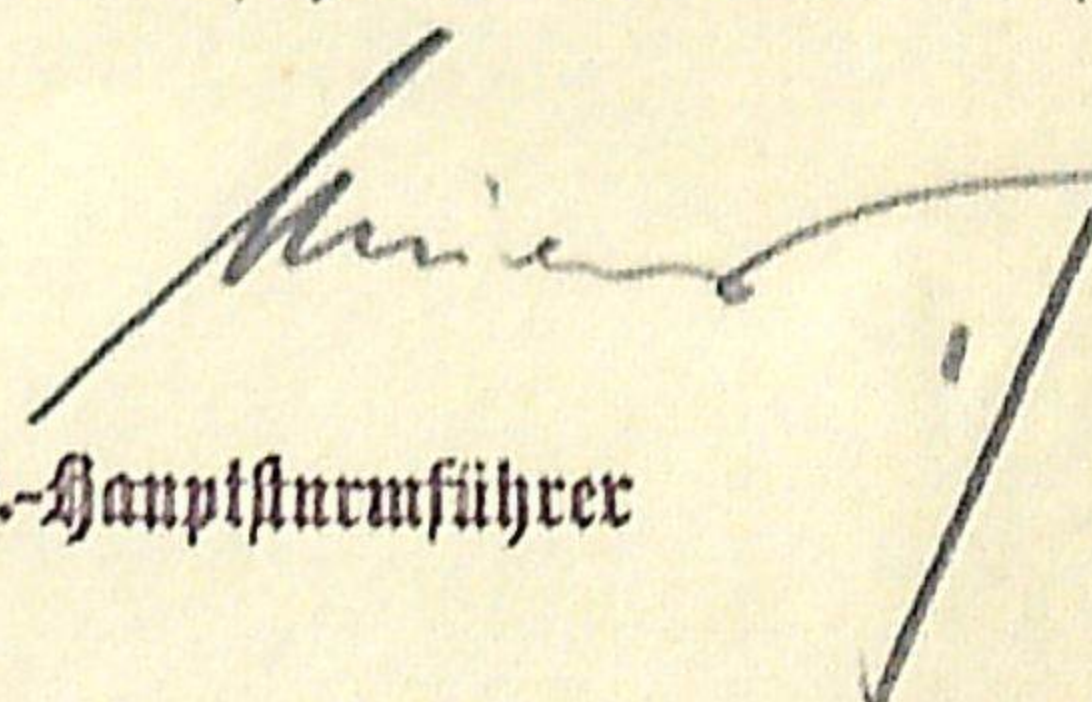
1. Doppel entnommen
 - 2 -
 3. Original

- 2 -

Das Heer ist mit dem klerikalen Kurs nicht einverstanden. Es fehlt aber den Leuten der Mut, in der obersten Heeresverwaltung Ordnung zu schaffen. Der Wiener Polizeipräsident S k u b l dagegen hält den extrem schwarzen Kurs mit, also lässt sich auch hier wieder der Gegensatz Heer - Polizei feststellen. Es wird in unterrichteten Kreisen erzählt. Mussolini habe Starhemberg den Rat gegeben, noch einige Wochen zuzuwarten. Starhemberg hält sich für stärker als er wirklich ist, da die radikalen Heimwehrleute schon stark zu den Nationalsozialisten übergegangen sind (s. oben Oberösterreich - Steiermark) oder in Wien kommunistisch geworden sind.

Centered

Der Führer
des SA-Oberabschnittes Süd-Ost



S.A.-Hauptsturmführer

Sicherheitsdienst
des
Reichsführers-SS.
SS-Oberabschnitt Südost
B. Nr. III/1 PA 14 012

A. Doppel

25. Juni 1936

35782

An d a s
Sicherheits-Hauptamt,
Abwehramt,
B e r l i n.

Betrifft: Allgemeine Lage in Österreich.
Vorgang: Ohne.

An dem Appell der Vaterländischen Front, der am Dienstag, den 9.6. stattfand, haben sämtliche Heimwehr-Kommandanten einschliesslich der Heimwehrminister nicht teilgenommen. Der Appell verlief sehr still. Die Amtswalter ^{Centered} mussten die Versammelten, insbesondere Staats-, Post- Eisenbahn- sowie Gemeindebeamten, immer wieder zum Beifall aufrufen, jedoch kam derselbe nicht. Sogar im Mikorphon hörte man die Stimmen der Amtswalter applaudieren.

Die Heimwehr sucht insbesondere in Oberösterreich und Steiermark Anschluss an die Nationalsozialisten. Die Schwarzen dagegen suchen Anschluss nach links. So hat man in Graz den früheren roten Vizebürgermeister, der im Februar 1934 einen Polizei-Kommissar erschossen hat, und dann später amnestiert wurde, in eine einflussreiche Stellung in der Vaterländischen Front mit 480 Schilling Monatsgehalt gesetzt.

Die Beteiligung am Fronleichnamsumzug in Wien war ausserordentlich gering. Statt des üblichen Spaliers von Tausenden, sah man nur einige Hunderte von Neugierigen, die am Gragen und Kohlmarkt nur 2 Reihen tief standen.

- 2 -

Das Heer ist mit dem klerikalischen Kurs nicht einverstanden. Es fehlt aber den Leuten der Mut, in der obersten Heeresverwaltung Ordnung zu schaffen. Der Wiener Polizeipräsident S k u b l dagegen hält den extrem schwarzen Kurs mit, also lässt sich auch hier wieder der Gegensatz Heer - Polizei feststellen. Es wird in unterrichteten Kreisen erzählt. Mussolini habe Starhemberg den Rat gegeben, noch einige Wochen zuzuwarten. Starhemberg hält sich für stärker als er wirklich ist, da die radikalen Heimwehrleute schon stark zu den Nationalsozialisten übergegangen sind (s. oben Oberösterreich - Steiermark) oder in Wien kommunistisch geworden sind.

Centered

**Der Führer
des SS-Oberabschnittes Süd-Ost**

SS-Hauptsturmführer

Willkür!

113

Gabelsbergerstrasse 31.

Bericht Nr. 5

Ueber die Stimmung in verschiedenen Bundeslaendern:

Niederoesterreich:-

In Pottschach bei Neunkirchen vollzog der erzbischoefliche Kardinal Herr Innitzer aus Wien am 1. Juli eigenhaendig die Hernieder-
kunft des heiligen Geistes der katholischen Kirche ueber die zur
Firmung bereiten Seelen. Pottschach stand im reichsten Flaggen-
schmuck. Man hatte den Eindruck als handle es sich um die Feier
des zehnjaherigen Bestandes der Arbeitslosigkeit im Orte; dies
nach An_udeutung von Arbeitslosen. Der Ortspfarrer August Hajmasi-
Semen verkuendete am Sonntag vor der Firmung von der Kanzel, dasz
nur der heiraten koenne und duerfe, der gefirmt sei. Kein anderer
wuerde getraut werden! -Soil dieses Vorkommnis als Beweis des
Machtwillens oder des Machtduenkels der roemischen Kirche gewertet
werden?----

Tirol:-

Ein fuer die Bewegung sehr heiszer Boden. Ein Hinweis auf die Zu-
sammensetzung der Polizei und Gendarmerie soll darauf ~~hin~~weisen,
wie sich die Landesregierung in Tirol zu sichern weisz. Beispiels-
weise setzt sich der Gendarmerieposten von Woergl wie folgt zusam-
men:

- Revierinspektor: Boratti (Italienerabkoemmling) Nazifreszer
- Rayonsinspektor : Gasparri " "
- " : Coloselli " "
- Gendarm : Hosp (Tiroler)
- " : Gander "

Man besehe Fuehrung und Gefolgschaft. - Der Rayonsinspektor Resch
(Tiroler) sitzt seit einiger Zeit in Untersuchung. Man vermutet,
dasz er die Nationalsozialisten Mehr und Gschoepf, nachdem sie am
1. Mai in der Ortschaft Angerth Flugzettel der Bewegung gestreut
hatten, vor der bei ihnen vorgesehenen Hausdurchsuchung und ihrer
bevorstehenden Verhaftung, warnte. Resch ist verheiratet und hat
drei Kinder.-

Stimmung in Salzburg und Oberoesterreich ueberaus gut.

Zum deutsch-oesterreichischen Abkommen:

Rotfront streute in Wien am Montag den 13. ds. morgens rote Flug-
zettel mit den Worten: S.A. her zu uns !!! -

Der allgemeine K ommentar unter der Bauernbevoelkerung lautet:
"Jetzt kommt der Anschluss"!

Bei den Schwarzen - vergnuegliches Haendereiben mit Gefuehls-
ausbruechen wie : Nun ist Hitler doch zu Kreuz gekrochen, oder
Jetzt hat Hitler die Nazi im Stich gelassen usw. was alles recht
verstaendlich ist.

Standort, 16. ~~XXXXXXXX~~ 1936.

1976

2364

Heuert

| | | |
|---------------|--------|-----------|
| SD-Hauptamt | Anl. | 2. Kl.-3. |
| 42034 | Anlage | III 1 |
| 23 JUL. 1936 | | |
| 30. Juli 1936 | | |
| 3. AUG. | | |

| | |
|-------------------------|---------------|
| Adjutantur RFGS Eingang | Anlage |
| Nr.: 2/..... | 21. JULI 1936 |
| an: | B.F. |
| am: | |
| gez. | |
| Eingang bestätigt | |

56

Centered

Ausstellung
DEUTSCHLAND
Berlin 1936
18.7. - 16.8.
Am Kaiserdamm

Herrn

Reichsführer S S H i m m l e r

Abs. Hans Häusler
Bad Vöslau / Oesterreich
Hermannngasse 12

M ü n c h e n
Gabelsbergerstr. 31

57

Centered